



Forum

für **Universität und Gesellschaft**

Universität Bern



KIRCHEN ZWISCHEN MACHT UND OHNMACHT

Veranstaltungsreihe
Winter 2018/19

u^b

b
**UNIVERSITÄT
BERN**

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser

Die christlichen Landeskirchen stehen wohl vor den grössten Herausforderungen und einschneidendsten Veränderungen seit ihrem Bestehen. In multireligiösen und weltanschaulich pluralen Gesellschaften erleidet ihre religiöse Deutungshoheit massive Einbussen, und sinkende Mitgliederzahlen wie auch ein zunehmender religiöser Analphabetismus machen ihnen zu schaffen. Gleichzeitig werden Kirchen gesellschaftliche Aufgaben zugestanden, die in einer Vielzahl von Gesetzen geregelt sind. Dazu gehört etwa die Ausübung von Seelsorge in Spitälern, Heimen und Gefängnissen. Kirchen bewegen sich zurzeit wahrlich zwischen Macht und Ohnmacht.

Das Forum für Universität und Gesellschaft näherte sich der spezifischen Situation der christlichen Landeskirchen in der Schweiz mit einer fünfteiligen Veranstaltungsreihe: Ausgehend von einer Einführungsveranstaltung zum aktuellen Zustand sowohl der reformierten wie der katholischen Kirche in der Schweiz haben wir vier Schwerpunkte gesetzt. Thematisiert wurden die herrschenden Verflechtungen von Kirchen und Staat; das Verhältnis von Kirchen und Wissenschaften; die sich wandelnde Bedeutung der Kirchen in der Gesellschaft und schliesslich die möglichen künftigen Rollen von Kirchen.

Die Befunde und Ausblicke sind im vorliegenden Themenheft zusammengestellt. Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre.

Isabelle Noth

Inhalt

Einführung	4
<i>Isabelle Noth</i>	
Einführungsveranstaltung: Vor leeren Bänken und zwischen den Stühlen?	6
<i>Zusammenfassung Sarah Beyeler und Marcus Moser</i>	
Kirchen und Staat:	11
Heilige oder unheilige Allianz?	
<i>Zusammenfassung Sarah Beyeler, Doris Moser, Marcus Moser</i>	
Kirchen und Wissenschaften:	16
Menschenbilder und Wahrheitsanspruch	
<i>Zusammenfassung Sarah Beyeler, Doris Moser, Marcus Moser</i>	
Kirchenumnutzung konkret	22
Umnutzen, um zu bewahren	24
Interview mit Johannes Stückelberger	
<i>Marcus Moser</i>	
Kirchen in der Gesellschaft:	26
Gestern – Heute – Morgen	
<i>Zusammenfassung Sarah Beyeler, Doris Moser, Marcus Moser</i>	
Kirchen, Glaube und Sinnfindung:	32
Alles à la carte?	
<i>Zusammenfassung Sarah Beyeler, Doris Moser, Marcus Moser</i>	
Impressum	38
Referentinnen und Referenten / Autorinnen und Autoren	39
Vorschau	40

Kirchen zwischen Macht und Ohnmacht: eine Einführung

Als ich in den 1980er-Jahren nach Bern kam, um Theologie zu studieren, hörte ich im allerersten Semester einen Satz, den ich seither nie mehr vergessen habe. Er lautet: «Jesus verkündete das Reich Gottes und gekommen ist die Kirche.» Dieses viel zitierte Bonmot stammt vom französischen Theologen Alfred Loisy (1857–1940). Er formulierte es in seinem 1902 erschienenen Werk «L'Évangile et l'Église».

Das Zitat dient in der Regel dazu, die ernüchternde Kluft zwischen ursprünglicher Intention und faktischer Umsetzung, zwischen Traum und Trauma, Vision und Realität, zwischen Soll- und Istzustand, eben: zwischen Jesus und der Kirche zu kennzeichnen. Es klingt enttäuscht und desillusioniert und weckt die Frage: Wie konnte das bloss geschehen? Wie konnte aus der Liebes-Botschaft des einst ohnmächtig am Kreuz Ermordeten eine über Jahrhunderte hinweg übermächtige seelenmörderische Institution entstehen?

Die Geschichte des Christentums ist in dieser Sicht – eine Sicht, die ich damals als junge Studentin vollumfänglich teilte – eine Geschichte des kontinuierlichen Niedergangs und des schändlichen Verfalls.

Im Verlauf des Studiums musste ich dann lernen, dass Loisy selbst seinen Satz nicht so gemeint hatte, wie er später – aus dem Zusammenhang gerissen – rezipiert worden war. Für Loisy lag die Kirche durchaus im Richtungssinn und in der Dynamik der Verkündigung Jesu. Er sah keinen fundamentalen Widerspruch zwischen Jesus und Kirche.

Tradition braucht Institution

Erst die Lektüre der Werke eines ursprünglich ebenfalls römisch-katholischen Theologen half mir, eine differenziertere Sicht auf das Verhältnis von Ursprung und Entwicklung des Christentums zu gewinnen. Fulbert Steffensky – der Ehemann der grossen und leider verstorbenen Theologin Dorothee Sölle, die auch mehrmals an der Universität Bern zu Gast war – verweist seit Jahrzehnten auf eindrückliche Weise auf die Notwendigkeit von Traditionen und Institutionen, die diese bewahren. Einer seiner Buchtitel über die Kirche lautet: «Das Haus, das

die Träume verwaltet». Darin hält er fest, dass «die Geschichte des Ungenügens und des Verrats nicht die einzige Geschichte ist, die wir mit der Kirche haben» und bezeichnet die Kirche als «einen Ort der Geschichten der Zuneigung Gottes». In diesem Werk schreibt er auch – und das möchte ich als reformierte Theologin und Leiterin des Forumsprojekts hier zitieren: «Aber, so frage ich mich, ist die kritische Aufarbeitung vielleicht das Charisma des Protestantismus? [...] Vielleicht ist es nicht schlecht, wenn Protestanten weniger mit der Kirche identifiziert sind und sie prinzipiell kritischer sehen als die Katholiken die ihre. Aber es gibt im Protestantismus – und besonders unter seinen Theologen und Theologinnen – sicher die dauernde, unbesonnene Mäkeligkeit der Kirche gegenüber, eine erstaunliche negative Fixierung auf Kirchenzeitungen und auf die institutionelle Seite der Kirche. Sobald sie «Kirche» hören, zücken sie das Messer und entmutigen sich selber. Das Christentum bejahen sie, aber möglichst nur als Gesinnung, möglichst nur als Ethos und möglichst fern von seiner Gestalt und seinen Institutionen.»

Nun: Wir haben inzwischen auch im Protestantismus ein tieferes Verständnis für Formen, Formulare und Traditionen entwickelt. Eine Kerze anzuzünden löst bei uns keine Schockstarre mehr aus, und wir fallen beim Duft von Weihrauch auch nicht mehr in Ohnmacht, und umgekehrt weiss ich, wie kritisch im römisch-katholischen Kontext über Kirche gedacht wird.

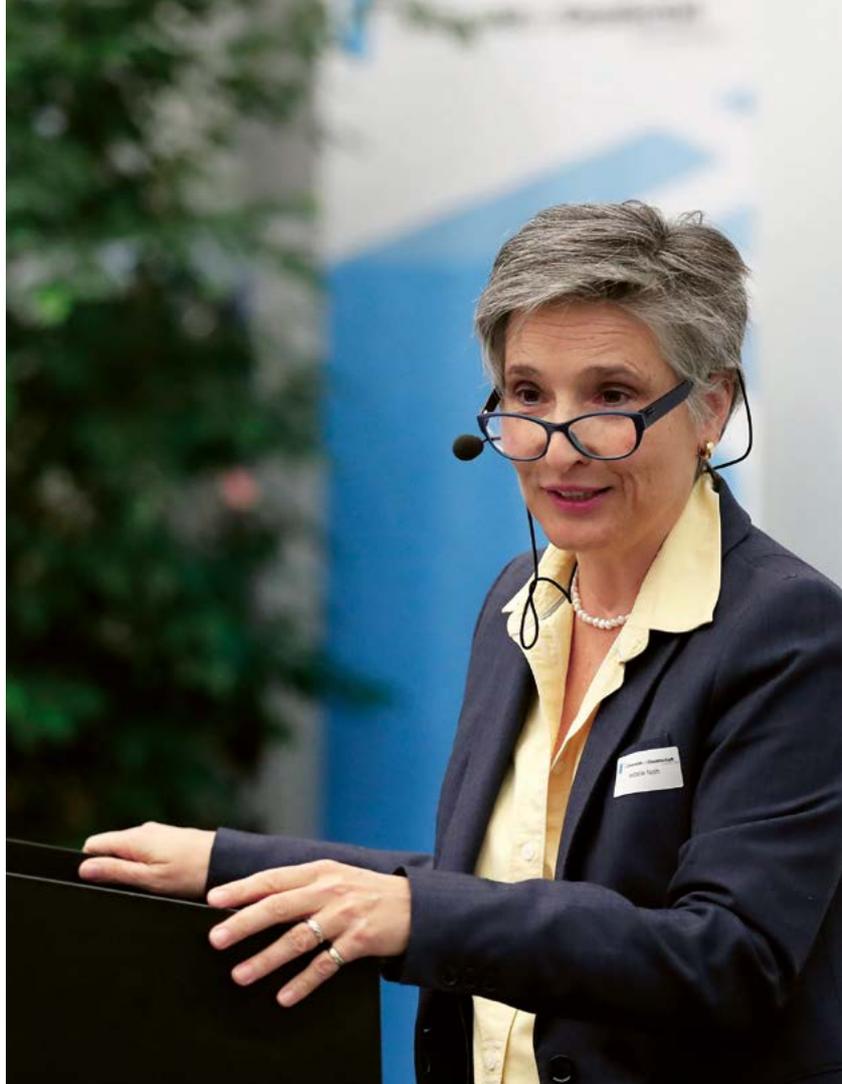
Wir – die Kirche

Wir haben gelernt, dass wir über Kirche nicht stets in der 3. Person Singular – die Kirche – sprechen können – als wäre sie etwas von Christinnen und Christen Abgesondertes, sondern eigentlich nur in der 1. Person Plural – wir, die Kirche(n).

Auch die starke neuronale Verknüpfung beziehungsweise Assoziation von Kirche mit leeren Bänken wird der Thematik nicht gerecht. Kirche ist nicht einfach die eine Stunde am Sonntagmorgen, die von zunehmend weniger Personen besucht wird. Kirche sind Gruppen von Menschen – draussen in der Natur

Isabelle Noth

«Kirche ist nicht einfach die eine Stunde am Sonntagmorgen, die von zunehmend weniger Personen besucht wird.»



beim Spiel und Wandern, drinnen beim Gespräch, Essen und Feiern. Zahlreiche Situationen und Formationen sind Kirche – stets auf der Suche nach den Menschheitsträumen von Gerechtigkeit, der Verwirklichung der Sehnsucht nach Güte und Grosszügigkeit.

All dies wird immer drängender – wir ahnen es und wissen es: Wir stehen vor tiefgreifenden Umwälzungen. Vielleicht sind Kirchen Begleiterinnen in dieser Zeit, die sie selbst betrifft.

Kürzlich erhielt ich aus den USA eine Buchankündigung. Der Titel lautet: «Counter-Imperial Churching for a Planetary Gospel: Radical Discipleship for Today»; in etwa «Gegen-imperiales «Churching» für ein planetarisches Evangelium: radikale Nachfolge für die Gegenwart». Der Verfasser Timothy Murphy schreibt darin: «We live in an era that requires us to radicalize what church means.» Wir leben seiner Meinung nach «in einer Zeit, die von uns eine Radikalisierung dessen erfordert, was Kirche bedeutet».

Kirche als Prozess gemeinsamer Nachfolge Jesu

Kirche dürfe nicht mehr länger ein Nomen, eine Entität oder ein Objekt wie ein Gebäude sein, sondern müsse eine Aktivität bezeichnen – «churching», also kein Zustand, sondern eine Tätigkeit («to church»), ein Prozess gemeinsam praktizierter Nachfolge Jesu. Es müsse unter anderem angesichts von Klimachaos, Aufrüstung und Gefährdung von Demokratie der

gemeinsame Versuch sein, sich auf alternative Lebensweisen, Widerstand gegen Lebensfeindliches und Verbundenheit mit allen Menschen, Tieren und Pflanzen weltweit zu verpflichten. Ein wahrlich hoher Anspruch. Vielleicht liegt die Zukunft von Kirchen weniger in der Quantität (nämlich von Mitgliedern), dafür in der Qualität (nämlich der Lebenshaltung und -gestaltung).

Isabelle Noth

Vor leeren Bänken und zwischen den Stühlen?

Trotz sinkender Mitgliederzahlen und schwindender Deutungshoheit bei den Landeskirchen ist in der Schweiz das Interesse für Religion und Spiritualität ungebrochen. Doch die Kirchen müssen darauf reagieren, dass viele Menschen vorziehen, selber über ihre Religiosität zu bestimmen. Kirchgemeinde weiter denken, Theologie treiben sowie die Orts- und Migrationskirche durchmischen, lauten einige Lösungsansätze.

«Gerade heute darf man gespannt sein, denn es tut sich etwas geradezu Paradoxes», begrüßte Forumspräsident **Prof. Dr. med. Thierry Carrel** das Publikum. Denn ausgerechnet beim Thema «Kirchen vor leeren Bänken» sorgten die Referierenden hier für volle Bänke. Während also das Kerngeschäft der Glaubensvermittlung in der Kirche schwächle, sei die akademische Beschäftigung mit diesem Problem offensichtlich ein Publikumsmagnet.

Soviel sei klar: «Auch diejenigen in der Gesellschaft, die nicht in die Kirche gehen, haben meist ein Interesse an religiösen Themen und an Spiritualität.» Die Kirchen müssten darauf reagieren, dass heute viele Menschen lieber selber über ihre Religiosität bestimmen wollten. Die heutige Gesellschaft nehme zunehmend Abschied von alten Kirchenritualen «und will nicht unbedingt sonntags von der Kanzel mit Dogmen belehrt werden», sprach Carrel eine zentrale Herausforderung der Landeskirchen an.

Ungebrochenes Interesse an Religion

«Das Interesse an Religion ist ungebrochen», betonte **Prof. Dr. Stefan Huber** vom Institut für Empirische

Religionsforschung der Universität Bern gleich zu Beginn. «Spiritualität spielt eine wichtige Rolle.» Zugleich finde gegenwärtig eine epochale Transformation des religiösen Feldes in der Schweiz statt.

Zum besseren Verständnis der Veränderungen blickte Huber zunächst zurück in die Geschichte: Im 7. Jahrhundert sei die Schweiz flächendeckend christianisiert worden. Danach habe es während 800 Jahren ein katholisches Monopol gegeben. «Die katholische Kirche war mit dem Staat verbunden und hat bestimmt, was religiös richtig und was falsch war.» Den ersten Einschnitt habe es dann mit der Reformation im 16. Jahrhundert gegeben: «Aus dem Monopol entstand ein Duopol.» Das Grundgefühl blieb, wie Huber ausführte: «Wenn ich zur Gesellschaft gehören will, dann muss ich auch zu einer Kirche gehören. Eine Existenz ohne Kirche war damals undenkbar.» Genau dies ändere sich jetzt. Wir lebten in einer Revolution, die durch drei Faktoren bestimmt sei: durch die Säkularisierung, die Individualisierung und die Migration. «Die Verhältnisse werden umgekehrt. Welche neue Struktur daraus entsteht, ist aber noch nicht klar», meinte Huber. Das sei das Unbekannte. Hier könnten nun aber die



Thierry Carrel

«Ausgerechnet beim Thema Kirchen vor leeren Bänken sorgen die Referierenden hier für volle Bänke.»

beiden religionssoziologischen Grosstheorien zur Orientierung weiterhelfen: Die Säkularisierungstheorie und die Individualisierungstheorie.

Säkularisierung und Individualisierung

Huber erläuterte zunächst die Säkularisierungstheorie: Deren Bezugsrahmen seien Modernisierung und Sozialisation. Religion werde also primär gelernt. Bezüglich der Grundannahme bestehe ein unauflösliches Spannungsverhältnis zwischen Moderne und Religion: Je mehr Moderne, desto weniger Religion. Daraus leite sich als Prognose ein kontinuierlicher Abwärtstrend aller Formen von Religion, Religiosität und Spiritualität ab. Als Empfehlung für die Kirchen bliebe ein defensiver Rückzug in Nischen übrig.

«Die heutige Gesellschaft nimmt zunehmend Abschied von alten Kirchenritualen und will nicht unbedingt sonntags von der Kanzel mit Dogmen belehrt werden.»

Thierry Carrel

Stefan Huber

«Der Religionsmonitor hat aufgezeigt, dass rund 70 Prozent der Wohnbevölkerung zumindest gelegentlich über religiöse Fragen nachdenken.»



Stefan Huber würde sich selbst eher der Individualisierungstheorie zuordnen. Deren Bezugsrahmen sei die Individualisierung, die besage, dass Menschen heute ihre Biografie selber entwerfen müssten. Es liege an ihnen zu bestimmen, wer sie sein wollten – dies gelte auch für ihre religiösen Überzeugungen. Grundannahme hier: Es gebe eine anthropologische Konstante als unversiegbare Quelle von Religiosität. Daraus liesse sich die Prognose ableiten, dass das Religiöse konstant bleibe, es aber zu einem Gestaltwandel von Religion und Religiosität komme. Als Empfehlung für die Kirchen lasse sich ein neues Selbstbewusstsein als dienende Kirche ableiten, erläuterte Stefan Huber. «Dienend nicht im Sinne der Diakonie, sondern als Hilfe der Kirche an die Menschen, mit Sinnfragen und der Frage nach Gott umzugehen.»

Religiöse Senior- und Juniorpartner

Stefan Huber erläuterte die Wandlung der Stärkeverhältnisse der verschiedenen Religionen in der Schweiz. Demnach gehörten 1930 99 Prozent der Bevölkerung einer christlichen Religion an. Die Katholikinnen und Katholiken waren damals die Juniorpartner der Refor-

mierten. 1970 hatte sich das verändert. Zwar waren immer noch 98 Prozent der Bevölkerung Angehörige einer christlichen Religion, die Reformierten und die Katholikinnen und Katholiken waren aber inzwischen gleich stark. Neu waren Freikirchen am Wachsen, deren Modell vom Christsein unabhängig vom Staat sei.

2016 hatte sich das Bild grundlegend verändert: Noch 67 Prozent der Bevölkerung waren Angehörige einer christlichen Religion; im Vergleich mit 1970 ein Minus von 30 Prozent. Die reformierte Kirche war nun die Juniorpartnerin der katholischen Kirche, der grössten religiösen Institution in der Schweiz. Andere Kirchen wuchsen stark. Darunter fallen Migrationskirchen, aber auch Freikirchen. Neu wachse auch der Anteil islamischer Religionsangehöriger sowie der Religionsfreien. Als Fazit zeigte sich für Stefan Huber eine starke Pluralisierung des religiösen Feldes.

Die Menschen bleiben religiös resonanzfähig

Was bedeutet dies für die Glaubensinhalte? Die Säkularisierungstheorie würde ja erwarten lassen, dass es einen kontinuierlichen Rückgang gegeben habe.



Christina Aus der Au Heymann

«Wie gehen wir in eine Zukunft, in der die Kirchen weniger Mitglieder, weniger Geld, aber zu viele Gebäude und zu viele Stellen haben?»

Dem sei insgesamt nicht so, unterstrich Stefan Huber. Knapp 90 Prozent der schweizerischen Wohnbevölkerung glaubten an mindestens ein religiös-spiritueller Konzept (religiös-spiritueller Konzept oder Gott, höhere Macht, geistige Macht, Leben nach dem Tod, Reinkarnation). Und der Religionsmonitor habe aufgezeigt, dass rund 70 Prozent der Wohnbevölkerung zumindest gelegentlich über religiöse Fragen nachdächten. «Für Kirchen ist also nach wie vor ein grosses Potential vorhanden», schloss Huber.

Reformierte Kirche: Wie weiter?

«Genaugenommen steht die reformierte Kirche nicht zwischen den Stühlen, sondern auf beiden gleichzeitig», begann **Prof. Dr. Christina Aus der Au Heymann** vom Zentrum für Kirchenentwicklung der Universität Zürich ihr Referat. Die beiden Stühle stünden für Kirche als Organisation mit einer Geschichte und für Kirche als Institution mit einer Botschaft, welche die Gesellschaft als Ganzes präge «und nicht mit den Finanzen oder den Mitgliederzahlen schwindet».

Die reformierte Kirche sei grundlegend vom Gedanken der Kirchgemeinde geprägt. Früher habe die Kirchgemeinde ein Gebiet umfasst, das gerade so gross war, dass seine Bewohnerinnen und Bewohner einen Pfarrer versorgen konnten. «Im Gegenzug durften sie von der Kirche eine Gesamtbetreuung von der Wiege

bis zur Bahre erwarten», beschrieb die Referentin vergangene Verhältnisse. In der heutigen individualisierten, mobilen, digitalen und säkularisierten Gesellschaft überlegten sich viele Menschen, ob sie bei der Kirche bleiben wollten, «denn diese Art von Gesamtbetreuungskirche, das wollen die meisten nicht mehr». Das bedeute aber nicht, stellte Aus der Au Heymann klar, dass die Menschen nichts mehr glaubten: «Sie wollen nicht weniger glauben, aber sie wollen selber glauben, selber entscheiden, was, wo und wie sie glauben.» Dies sei die Herausforderung, vor der die Kirche heute stehe. «Wie gehen wir in eine Zukunft, in der die Kirchen weniger Mitglieder, weniger Geld, aber zu viele Gebäude und zu viele Stellen haben?»

Reform: Kirche neu denken

Eine Antwort der Kirchen auf diese Fragen laute «Reform!», so die Referentin. Eine schlankere Verwaltung, angepasste Strukturen und eine effizientere Organisation sollten das Problem lösen. Weg von der alten Gemeinde, hin zu neuen Formen, die den neuen Mobilitätsgewohnheiten und Patchwork-Identitäten gerecht würden und Geld sparten. «Die Organisation Kirche neu denken lernen und merken, dass das, was Kirche ausmacht, auch anders gestaltet werden kann. Das ist Reform», gab sich die Theologin überzeugt. Es gehe darum, die Organisation immer wieder so zu strukturieren, dass genug Raum entstehe für das andere, was die reformierte Kirche eben auch sei: eine Institution mit einer Botschaft.

Eine Institution mit Botschaft

Die selbstverständliche Relevanz der Kirche in der Gesellschaft schwinde. «Wird ihre Botschaft überhaupt noch gehört?», fragte Christina Aus der Au Heymann. Es reiche nicht mehr, im Gottesdienst zu predigen, damit die Leute die Botschaft vernähmen – da seien nämlich die meisten gar nicht da. Und was wäre denn überhaupt die Botschaft, mit der die Kirche Antworten auf die Herausforderungen der heutigen Zeit anbieten könnte? Hier laute die Antwort «Reformation», so die Referentin: «Zuerst und zuvorderst braucht es eine Reformation, eine Neubesinnung auf die Botschaft. Worum geht es der Kirche – und wie kann sie verständlich sagen, was Sache ist.»

Reformation: Sagen, was Sache ist

Aber was ist denn heute «Sache» und wer bestimmt darüber? Dies sei Aufgabe der gesamten Kirchgemeinde, betonte die Referentin. Einer Gemeinde, «die den Auftrag hat, Theologie zu treiben – also nicht nur selber, sondern miteinander denken».

Und das geschehe zunehmend über die parochialen Grenzen hinaus – nicht nur vor Ort, sondern auch im virtuellen Raum, wo sich Menschen im Netz begegnen und sich in Blogs und via soziale Medien über das Leben und wie man es verstehen kann austauschen. Auf der einen Seite also die Reform – alte Strukturen aufbrechen, über den Tellerrand schauen und neue Formen der Kirche-Seins entdecken. Auf der anderen Seite die Reformation, das heisst den Glauben in seiner Alltagstauglichkeit entdecken, Kirchgemeinde weiter denken und Theologie treiben, vielfältig und weitherzig. Christina Aus der Au Heymann schloss zuversichtlich: «Ich glaube, wenn wir das tun, dann brauchen wir uns um die leeren Bänke nicht zu kümmern.»

Katholische Kirche: Wie weiter?

«Kirche ist immer eingespannt in Macht und Ohnmacht. Es sollte uns nicht so erschüttern, wenn wir mal auf der einen oder auf der anderen Seite stehen», stellte **Dr. Christian M. Rutishauser**, Provinzial der Schweizer Jesuiten, gleich zu Beginn seiner Ausführungen zum Zustand der katholischen Kirche in der Schweiz fest. «Wenn sich die katholische Kirche entschieden hat, keinen sozialen Zwang zum Kirchgang mehr auszuüben, dann müssen wir uns damit zufrieden geben, dass es eine kleine Gruppe ist, die aktiv teilnimmt.»

Säkularisierung und ihre Auswirkungen

Für Rutishauser führt der Prozess der Säkularisierung nicht automatisch zu einer Auflösung des Glaubens oder des Religiösen: «Im katholischen Kontext führte die Säkularisierung zur Auflösung des katholischen Milieus.» Diese Sozialform sei gegen die Aufklärung, gegen die Moderne im 19. und 20. Jahrhundert gebildet worden und habe bis zum Zweiten Vatikanischen Konzil (1962–1965) gewirkt. Es habe eine katholische Kirche vor dem katholischen Milieu gegeben und es werde auch eine katholische Kirche nach dieser Zeit geben, zeigte sich Rutishauser überzeugt. Wer aber in diesem Milieu aufgewachsen sei, der habe den Dialog mit der säkularen Gesellschaft meist als Befreiung erlebt. «Werte wie Demokratie, Religionsfreiheit oder Gewissensfreiheit konnten in den Katholizismus integriert werden», erklärte Rutishauser und verwies auf das Zweite Vatikanische Konzil. «Zum Teil wurde das Kind jedoch auch mit dem Bade ausgeschüttet, und zu viele säkulare Werte wurden umarmt.» Dies hätte zu einer Gegenreaktion geführt und zur Stärkung einer rechtskonservativen katholischen Bewegung beigetragen. Folge seien grosse Spannungen, was die katholische Kirche auch in der Schweiz lähme, sei es auf der Ebene der Bischofskonferenz oder in den Gemeinden. Zu den Auseinandersetzungen trügen die Individualisierung und die Genderfrage mass-

geblich bei. Es gebe in der katholischen Kirche eine «unsägliche Spannung» zwischen einer Männerhierarchie und einer Basis, die wesentlich von Frauen getragen sei. «Wenn die katholische Kirche dieses Problem nicht löst, hat sie die Zeichen der Zeit nicht erkannt.»

«Die Organisation Kirche neu denken lernen und merken, dass das, was Kirche ausmacht, auch anders gestaltet werden kann. Das ist Reform.»

Christina Aus der Au Heymann

Mit dieser Konstellation von Kämpfen innerhalb der katholischen Kirche wolle nun aber insbesondere die jüngere Generation nichts zu tun haben, stellte Rutishauser fest. Junge Menschen wollten von der Kirche «Antwort, Diskussion, eine zeitgemässe Sprache, Spiritualität». In diesem Sinne könne die Säkularisierung als Ausdifferenzierungsprozess der Gesellschaft verstanden werden: Bestimmte Funktionen der Kirche würden heute eben von anderen gesellschaftlichen Instanzen übernommen. Damit habe die Kirche umzugehen.

Mit Blick auf die Zukunft machte Rutishauser auf eine weitere Herausforderung aufmerksam. Die Säkularisierung hätte bis heute ganz viel mit Christentum ausserhalb der Kirche zu tun. «Die Säkularisierung, die kommen wird, ist aber nicht mehr eine christliche säkulare Gesellschaft, sondern eine multireligiöse,



Christian M. Rutishauser

«Viele in der Kirche wissen nicht mehr, was Christsein bedeutet.»

spirituelle Gesellschaft.» Die Frage sei, ob wir diese Religionen und diese Spiritualitäten wollten. Das Christentum sei auch eine religionskritische und spiritualitätskritische Instanz, gab der Provinzial der Schweizer Jesuiten zu bedenken.

Grosse Sichtbarkeit dank Papst

Christian Rutishauser gab sich überzeugt, dass die katholische Kirche auch in einer säkularen Welt über ein grosses Beharrungsvermögen verfüge. Sie sei zuerst eine Weltkirche, an der die Schweizer Katholikinnen und Katholiken teilhaben. Namentlich dank ihrer Liturgie, vor allem aber dank ihrem Papst. «Am Papst kommt niemand vorbei», meinte er mit Hinweis auf die Medialisierung und Personalisierung, die unsere Welt prägten. Er betonte, dass die römisch-katholische Kirche «im Papsttum ein biblisch und metaphysisch fundiertes Zentrum» habe. Mit Blick auf die Schweiz stellte Rutishauser fest, dass die römisch-katholische Kirche hier die Erfolge und Niederlagen, aber auch die Herausforderungen und Chancen einer globalisierten Institution mittrage. «Das grösste Problem ist für mich die Glaubwürdigkeit.» Die katholische Kirche hätte grosse Ideale und fordere die auch ein. Gerade die Missbrauchsskandale zeigten indes, dass diese grossen Anforderungen letztlich nicht eingehalten würden. Folge sei ein Vertrauensverlust, an dem die katholische Kirche seit zwei Jahrzehnten leide: «Das ist eine Ohnmacht.»

Lebendige Migrationskirche

Ein anderer Aspekt der globalisierten Institution war für Rutishauser das Thema Migrationskirche. «Wir sind verbunden mit einer Weltkirche und haben durch die Migration eine starke Zuwanderung.» Die katholische Kirche schrumpfe nicht; die Hälfte der Migrantinnen und Migranten sei christlich geprägt. Die katholische Kirche habe aber zu wenig Priester. Ob das nur am Zölibat liege, war für Ordenspriester Rutishauser unklar: «Der christkatholischen Kirche, die das Frauen-

priestertum kennt, geht es in dieser Hinsicht kaum besser.» Die hiesige Kirche habe ein Problem mit dem Amtspriestertum, was dazu führe, dass in vielen Gemeinden Priester aus anderen Weltgegenden tätig seien. Es gäbe kulturelle Herausforderungen, bekannte er, «multikulturelles Leben innerhalb der katholischen Kirche kann schwierig sein». Andererseits sei gerade die Migrationskirche in der Schweiz sehr lebendig. Es gäbe über 100 Missionen, wie diese Pfarreien genannt würden, und dort seien die Bänke voll. Christian Rutishauser schloss daraus, dass die Migrationskirche und die Ortskirche noch zu wenig durchmischt seien.

Glaubenskrise

Die eigentliche Krise der Katholikinnen und Katholiken in der Schweiz geht für Christian M. Rutishauser indes tiefer: Wer Kirche nur als weltliche Institution und Glaube nur als religiöses, anthropologisches Phänomen sehe, stehe im Konflikt mit dem Glaubensanspruch von einem Gott, der sich offenbare. «Viele in der Kirche wissen nicht mehr, was Christsein bedeutet.» Im Zentrum der Offenbarung stehe aber die Menschwerdung Gottes in Christus, die sogenannte Inkarnation. Gerade die römisch-katholische Kirche habe immer die «inkarnatorische Bewegung» gepflegt, das Geistige also sichtbar und berührbar gemacht, bis ins Institutionelle, ins Leibliche, ins konkrete Kirchenbrauchtum hinein. Die Individualisierung, Rationalisierung und Verinnerlichung des Religiösen der letzten Jahrzehnte habe aber zum Verschwinden des sichtbaren Ausdrucks des Glaubens geführt. So gehe die gemeinschaftsbildende und gesellschaftsprägende Seite der Kirche verloren. Die «inkarnatorische Bewegung» sei in einer radikalen Krise. Glauben ist nicht einfach «spirituell sein», auch wenn gerade der Glaube spirituelle Tiefe brauche, sagte Rutishauser.

Sarah Beyeler und Marcus Moser



Irene Gysel führte als Moderatorin versiert durch die fünf Veranstaltungen.

Kirchen und Staat: Heilige oder unheilige Allianz?

Das Verhältnis zwischen kirchlichen und staatlichen Ordnungssystemen muss immer wieder ausgehandelt werden – auch im Kanton Bern, wo ab 2020 das neue Landeskirchengesetz gelten soll. Der Einfluss des Staates auf die Kirche bleibt nach wie vor intensiv. Ist dies noch zeitgemäss oder entspricht es vielmehr einer unheiligen Allianz? Wie könnten die kirchlichen Leistungen an die Bedürfnisse der Bevölkerung angepasst werden?



Martin Sallmann

«Der Staat anerkennt mehrere öffentlich rechtlich organisierte Kirchen. Damit billigt und fördert er eigenständige religiöse Gegenüber.»

Territorial verfasste Obrigkeitskirche

«Das Verhältnis zwischen kirchlichen und staatlichen Ordnungssystemen ist in der Geschichte des Christentums ein Dauerthema», begann **Prof. Dr. Martin Sallmann** vom Institut für Historische Theologie der Universität Bern. Er umriss in seinem Referat den Ausdifferenzierungsprozess zwischen Kirche und Staat im Kanton Bern seit dem Ancien Régime.

Vor der Reformation gliederte sich die Gesellschaft in einen weltlichen und einen kirchlichen Bereich mit je eigenen Rechten und Privilegien. Die Kirche habe damals wichtige gesellschaftliche Bereiche wie beispielsweise das Zivilstandswesen verwaltet und geprägt. Mit der Reformation habe die Zweiteilung geendet und die Entwicklung von Staats- und Kirchenbildung

seien miteinander verflochten worden, so Sallmann. In konfessionell homogenen Herrschaftsterritorien hätten Pfarrer nun als Vertreter des Staates fungiert und dessen Anweisungen vollzogen. Die Kirche sei damit zur obrigkeitlich organisierten und verwalteten Staatskirche geworden.

Gewissensfreiheit und Relativierung der Kirchen

Die Umwälzungen der Französischen Revolution und die Einführung der Helvetischen Republik im Jahr 1798 hätten für die Eidgenossenschaft sowohl politisch als auch religiös eine tiefgreifende Zäsur bedeutet. Die Verbindungen zwischen Kirche und Staat hätten sich gelöst: «Religion wurde in der Ersten Helvetischen Verfassung erstmals als individuelles, persönliches Recht

formuliert und war nicht mehr territorial organisiert.» Die Kirchen hätten ihre gesellschaftliche Sonderstellung verloren und die staatliche Oberaufsicht sei nunmehr ohne Anerkennung einer christlichen Grundlage ausgeübt worden.

Während der Mediation und Restauration hätten sich hingegen staatskirchliche Tendenzen wieder verstärkt und die beiden etablierten Konfessionen seien als Religion des Staates genannt worden. Neben dem katholischen und dem reformierten Gottesdienst seien aber auch damals andere Gottesdienste grundsätzlich zugelassen gewesen. Weiter hätten die Kantone die Zuständigkeit für kirchliche Angelegenheiten erhalten – eine Entscheidung, die auch unsere Gegenwart präge, betonte der Kirchenhistoriker. Denn sie sei der Grund dafür, dass in der Schweiz ganz unterschiedliche Zuordnungen von Kirche und Staat existierten. Das Berner Modell bilde da nur eine von vielen Möglichkeiten ab.

Eigenständige kirchliche Strukturen entstehen

Die Verfassungen des 19. Jahrhunderts hätten der reformierten Kirche eine schrittweise rechtliche Verselbständigung und Loslösung von der weltlichen Obrigkeit gebracht. Die Staatsverfassung von 1831 habe eine Generalsynode der reformierten Geistlichkeit eingeführt. Ihr sei allerdings lediglich das Recht zugestanden worden, kirchliche Angelegenheiten zu beraten und der staatlichen Behörde Antrag zu stellen. Die Verfassung von 1846 habe dann der Synode die Befugnis gegeben, die inneren Angelegenheiten der Kirche selbständig zu ordnen. Die Synode sei indes auch in dieser Hinsicht nicht völlig frei gewesen, sondern habe vorerst nur unter Vorbehalt des staatlichen Genehmigungsrechts entscheiden können. Mit dem Kirchengesetz von 1874 sei diese Entwicklung weitergetrieben worden. Gleichzeitig habe man Bereiche, die bisher der Kirche zugeordnet waren, in den Kompetenzbereich des Staates überführt. Davon betroffen gewesen seien etwa das Begräbniswesen und das Zivilstandsregister.

«Das Landeskirchengesetz bedeutet, dass die Allianz von Kirchen und Staat andauert. Sie ist aus Sicht der Kirchen weder heilig noch unheilig.»

Andreas Zeller

Partnerschaftliche Kirche

Das Kirchengesetz von 1945 habe das Verhältnis zwischen Kirche und Staat organisch weiterentwickelt. «Dieses Kirchengesetz sah erstmals vor, dass die reformierte Kirche eine Kirchenverfassung ausarbeiten sollte.» Damit sollte nicht nur der äussere Bestand der Kirche durch das kantonale Kirchengesetz, sondern auch der innere Aufbau durch eine eigene kirchliche Gesetzgebung gesichert werden: «Der Kanton hat den Kirchen einen gesetzlichen Rahmen gegeben, in dem

sie ihre Gestalt und ihr Wirken entfalten kann.» So arbeite die Kirche im Kanton Bern partnerschaftlich mit dem Staat und seinen Behörden zusammen, nannte Sallmann eine Charakteristik des Berner Modells. Diese Beziehung gestalte sowohl die Kirchen als auch den Staat. Dieser sei religiös nicht blind, betonte der Referent. Indem der Staat die Rahmenbedingungen und Kriterien für eine öffentlich-rechtliche Anerkennung schaffe, übernehme er eine aktive Rolle und gestalte den religiösen Bereich mit. «Er billigt und fördert eigenständige religiöse Gegenüber und überlässt das religiöse Feld nicht einfach sich selbst», erklärte Martin Sallmann abschliessend.

Das neue Landeskirchengesetz im Kanton Bern

Dr. Andreas Zeller, Synodalratspräsident der reformierten Kirchen BE-JU-SO, stellte das neue Landeskirchengesetz vor, welches im Kanton Bern ab 2020 gelten soll. Der Regierungsrat und der Grosse Rat hätten den Gesetzesentwurf nach intensiven Vorarbeiten verabschiedet, das Referendum sei nicht ergriffen worden. Ein schlankes Gesetz sei es, zeigte sich der Referent zufrieden und erläuterte im Folgenden die wichtigsten Punkte.

Gesamtgesellschaftliches Engagement

Aufgabe der Landeskirchen sei, im gesamtgesellschaftlichen Interesse zur solidarischen Gemeinschaft, zum Frieden unter den Religionen, zur religiösen Bildung, zur Kulturpflege und zur Vermittlung grundlegender Werte beizutragen. «Dieses gesamtgesellschaftliche Engagement für alle Menschen im Kanton ist sehr wichtig. Wir fragen niemanden nach seinem Mitgliederausweis», betonte Zeller. Ausdrücklich festgehalten werde im Gesetz zudem die partnerschaftliche Zusammenarbeit von Kanton und Landeskirchen. Die Kirchgemeinden blieben dem Gemeindegesetz unterstellt, betonte der Referent. Das bedeute etwa, dass der Synodalrat künftig nicht kleine Kirchgemeinden fusionieren könne, sondern dies werde der Grosse Rat auf Antrag des Regierungsrates tun. «Wir sehen an diesem Punkt, dass der Einfluss des Staates auf die Kirche nach wie vor intensiv bleibt.»

Qualität der Pfarrausbildung garantieren

Für die bernischen Pfarrerinnen und Pfarrer schreibe auch das neue Gesetz einen Universitätsabschluss in Theologie und das bestandene Staatsexamen vor. Die Prüfungskommission für das Staatsexamen bleibe beim Kanton. «Das sind wichtige Dinge, die garantieren, dass die Qualität der Pfarrausbildung erhalten bleibt», so Zeller. Für die Pfarrpersonen habe man das kantonale Personalgesetz im Grundsatz übernommen, äusserte er sich zu den Anstellungsbedingungen. Geplant sei, dass die 480 Anstellungsverhältnisse für reformierte Pfarrerinnen und Pfarrer ab Neujahr 2020 an die Kirchen übergangen: «Wenn am 25. Januar 2020 alle im Dienst stehenden Pfarrerinnen und Pfarrer den richtigen Lohnausweis erhalten, dann haben wir unsere Aufgabe erfüllt.»

Neue Rechte, mehr Datenaustausch

Neu erhielten Pfarrerinnen und Pfarrer von staatlichen Einrichtungen auf Anfrage Namen und Adressen ihrer Konfessionsangehörigen – sofern deren Zustimmung vorliege. Von Schulleitungen würden Klassenlisten zur Verfügung gestellt sowie weitere, für



Ida Glanzmann-Hunkeler

«Weder die Kirche, noch der Staat, noch die CVP: Wir gehen keine Allianzen untereinander ein.»

den Religionsunterricht nötige Angaben, damit die Kinder überhaupt in diesen Unterricht eingeladen werden könnten. Dies bedeute eine wesentliche Verbesserung gegenüber der heutigen Situation, wo Kirchgemeinden nicht von solchen Listen profitierten, gab sich Zeller zufrieden. Weiter erhielten die Landeskirchen Angaben zur Bevölkerung in einer bestimmten Gemeinde, was für den Finanzausgleich und die Pfarrstellenzuordnung nötig sei. Auch der Datenaustausch innerhalb der Landeskirchen und mit anderen Landeskirchen werde neu möglich.

Finanzierung der Landeskirchen

Die Finanzen gliederten sich in zwei Säulen, erläuterte Andreas Zeller. Die erste Säule betreffe Pauschalbeträge aufgrund einer historischen Grundlage: Als der Kanton Bern zu Beginn des 19. Jahrhunderts nach dem napoleonischen Raubzug bankrott gewesen sei, habe er Areale der Kirchen übernommen. Sieben Millionen Quadratmeter Land «an bester Lage, immer im Zentrum der Ortschaften» gingen dabei in seinen Besitz über. Die Kirchen seien dabei aber nicht ganz leer ausgegangen, denn als Entgelt habe der Staat die Pfarrlöhne finanziert. Eine Arbeitsgruppe habe nun errechnet, dass damals 197 Pfarrstellen vom Staat besoldet worden seien. «Dieser Beitrag soll künftig fix im Budget sein und 34.8 Millionen Franken betragen.»

Die zweite Säule umfasse staatliche Beiträge für gesamtgesellschaftliche Leistungen wie Seelsorge, Flüchtlings- und Freiwilligenarbeit. Hierfür werde ein sechsjähriger Globalbeitrag vom Grossen Rat an die Landeskirchen ausbezahlt. «Wir werden also in den Jahren 2023/24 diese gesamtgesellschaftlichen Leistungen gegenüber dem Staat ausweisen müssen, dann wird festgelegt, was die Kirchen für die Säule zwei ab 2026 erhalten werden.»

Weder heilige noch unheilige Allianz

«Das Landeskirchengesetz bedeutet, dass die Allianz von Kirchen und Staat andauert. Sie ist aus Sicht der Kirchen weder heilig noch unheilig», betonte Synodalarbeitspräsident Andreas Zeller. Aus einer Obrigkeits-

und Staatskirche sei im Laufe der Jahrhunderte eine Landeskirche geworden, die gegenüber dem Staat als Partnerin auftrete. Die Begründung für die fortbestehende Allianz sah Zeller in Artikel 2 der Kirchenverfassung. Dieser besage unter anderem, dass die evangelisch-reformierte Kirche des Kantons Bern «von ihrem Herrn den Auftrag hat, allem Volk in Kirche und Welt die Frohe Botschaft von Jesus Christus zu verkündigen».

«C» in der Politik – spricht dies für eine Allianz von Kirchen und Staat?

Ida Glanzmann-Hunkeler, Nationalrätin der CVP, zögerte mit der Antwort auf die titelgebende Frage keinen Augenblick: «Nein. Weder die Kirche, noch der Staat, noch die CVP: Wir gehen keine Allianzen untereinander ein.» In der Schweiz und weiten Teilen Europas hätten wir mit dem bisherigen Miteinander auf der Basis einer christlich-abendländischen Kultur gute Erfahrungen gemacht. Die Schweiz gründe auf dem Christentum. Bereits in der Präambel der Verfassung stehe «Im Namen Gottes des Allmächtigen!». Sie wisse, dass einige Parteien das dort nicht mehr so stehen haben möchten, meinte die CVP-Nationalrätin. Aber: «Die Verfassung wurde vom Volk unterstützt.» Weiter stehe auch klar in Artikel 15 der Bundesverfassung, dass wir keine Staatsreligion wollten.

Geregeltes Verhältnis zwischen Kirche und Staat

In der Schweiz werde das Verhältnis zwischen Kirche und Staat geregelt. Hierfür seien die Kantone zuständig, zitierte die Referentin Artikel 72 der Bundesverfassung. «Ich bin manchmal froh, dass wir den Kantonen die Regelung dieser Fragen zuordnen können.» Die Problemlasten und deren Wahrnehmung seien je nach Kanton sehr unterschiedlich, sagte Glanzmann-Hunkeler und verwies beispielsweise auf die Diskussion um Kopftuchverbote in Schulen. «Die Kantone können eben unterschiedliche Regelungen entsprechend ihrer Bevölkerung zulassen.»

«Um leere Kirchenbänke zu füllen, brauchen wir deshalb keine neue Allianz», unterstrich die Nationalrätin. «Aber auch um der Partei mit dem «C» im Namen



Franziska Schöni-Affolter

«Eigentlich sollten die Kirchen den Mut haben, zu neuen Ufern aufzubrechen. Ich bin überzeugt: Sie würden das schaffen!»

zu neuen Höhenflügen zu verhelfen, brauchen wir keine staatlichen Krücken.» Denn: Das «C» sei eine Werterhaltung, das «C» sei eine Verpflichtung – nicht nur für die CVP – für eine Politik, die sich an den Botschaften und an den Werten des Christentums messe. Aus ihrer Sicht sei die Eingangsfrage darum falsch gestellt, betonte Ida Glanzmann-Hunkeler. Sie müsste richtig heissen: ««C» in der Politik: Braucht es eine Wiederbelebung der klassischen Werte?»

«Wir müssen über Werte sprechen»

Für Ida Glanzmann-Hunkeler war deshalb klar: «Bevor wir also über Allianzen sprechen, müssen wir über Werte sprechen.» Das seien Werte wie «Solidarität und Loyalität, Mut und Eigenverantwortung, Offenheit und Toleranz, Respekt und Verantwortung, Zuverlässigkeit und Ehrlichkeit». Das Zusammenspiel von Kirche, Staat und Gesellschaft funktioniere gut, wenn sich alle als Individuen an diesen Werten ausrichteten. Daraus folgen für die Nationalrätin die Verantwortlichkeiten der Institutionen: Der Staat müsse Sicher-

heit und Chancengleichheit ermöglichen; die Wirtschaft müsse den Menschen Perspektiven und damit Zuversicht bieten; die Kirche schliesslich strahle dann Licht und Wärme aus, wenn sie Aufklärung und Wegweisung gäbe. Aber nicht mit dem Drohfinger, sondern so, dass die Menschen das in ihren Leben auch umsetzen könnten.

So gerüstet könnten Kirche und Staat ohne neue Allianzen gemeinsam religiöse Konflikte überbrücken, wirtschaftliche Ungerechtigkeiten ausmerzen und politisches Machtgehabe eindämmen. So könnten wir hier eine wertvolle Gesellschaft schaffen – «voller Respekt, Toleranz und Solidarität». Und so können wir hier auch Schattengesellschaften vermeiden: «Hier reich, dort arm. Hier Schweizer, dort Ausländer.» Die Schweiz gehe alle an, betonte die CVP-Nationalrätin. Deshalb müssten auch alle ihren Teil zur Erhaltung der Werte dieses Landes und dieser Gesellschaft beitragen.

Kirchen als Glaubens- und Diskussionsräume

Da sei Engagement gefragt; Werte müssten eben gelebt und nicht nur in Sonntags-Predigten gelobt werden. Deshalb könne Politik auch nicht nur aus dem Sessel heraus betrieben oder als freitägliche TV-Unterhaltung konsumiert werden.

Mit Fakten und einer handfesten Sachpolitik müssten Kirche und Staat den Gläubigen und den Bürgerinnen und Bürgern eine politische Heimat geben, forderte Glanzmann-Hunkeler. Leider schein es derzeit aber politisch erfolgversprechender zu sein, Ängste und Frustrationen zu bewirtschaften, bedauerte die CVP-Nationalrätin.

Es brauche einen Konsens unter den Parteien, Brücken zum Volk und Kompromisse in der Sache, zeigte sich Nationalrätin Glanzmann-Hunkeler überzeugt. Wenn also von Allianzen die Rede sein soll, dann bräuhete es Allianzen zwischen Gesellschaft, Wirtschaft, Staat und Kirche – als soziales Gewissen, betonte sie. Es gelte, Werte zu pflegen, verkrustete Strukturen aufzubrechen und fundierte Diskussionen über Religionsgrenzen hinweg zu führen, mahnte Glanzmann-Hunkeler. Dann würden Kirchen wieder attraktive Glaubens- und Diskussionsräume. Dann schafften wir die Schweiz als weltoffenen Staat, «sozial und fair». «Und dann leben wir das «C» und handeln als Partei danach», schloss Ida Glanzmann-Hunkeler.

Warum es keine Allianz braucht

«Wir haben einen Einbruch an Taufen, insbesondere die reformierten Taufen haben enorm abgenommen», begann **Dr. med. Franziska Schöni-Affolter**, Grossrätin des Kantons Bern für die glp, ihr Referat. Dies und die steigende Anzahl Konfessionslose führe zu einem Schwund von Kirchenmitgliedern, unter dem vor allem die reformierten Kirchen litten. Auch die katholischen Kirchgemeinden verzeichneten einen Mitgliederrückgang. Dass ein Bedürfnis nach Spiritualität nach wie vor vorhanden sei, sei unbestritten, betonte Schöni-Affolter, aber dieses Bedürfnis werde nicht mehr einzig durch die Kirchen befriedigt.

Kirchen und Staat: ein verwobener Teppich

Zurzeit würden jährlich etwa 80 Millionen Steuergelder allen im Kanton Bern anerkannten Kirchen zur Verfügung gestellt. Dies geschehe unabhängig von den im Gegenzug erbrachten Leistungen, denn es

bestünden keine Leistungsverträge. Man gehe davon aus, dass sich eine Pfarrperson mit einer hundertprozentigen Anstellung um etwa 2200 Kirchenmitglieder kümmern könne. Bei den reformierten Kirchen werde dieses Verhältnis heute aber nicht eingehalten. Pro Vollzeitstelle würden deutlich weniger Personen betreut, im Schnitt etwa 1600 Kirchenmitglieder. Im Berner Jura sei das Verhältnis zwischen Beschäftigungsgrad und Mitgliederbetreuung noch schlechter. Dies sei jedoch historisch bedingt: Bei der Übernahme des neuen Gebietes vom katholischen Bistum Basel durch den Kanton Bern im Jahr 1815 sei mit einer starken Präsenz der reformierten Kirche ein kirchenpolitisches Ziel verfolgt worden. Aber auch im Berner Oberland würden sehr kleine Kirchgemeinden unterhalten. In der reformierten Kirchgemeinde Gadmen beispielsweise betreue eine Pfarrperson mit einem 50-Prozent-Pensum 150 Kirchenmitglieder. Auf der Basis der oben genannten Grundanforderung würde dieser Kirchgemeinde eine Anstellung einer Pfarrperson von sieben Prozent zustehen. Nicht nachvollziehbar sei deshalb, warum kleine Kirchgemeinden nicht fusionierten, obwohl die politischen Gemeinden diesen Schritt längst umgesetzt hätten. Die katholischen Kirchgemeinden im Kanton Bern verzeichneten eine bessere Auslastung der Pfarrstellen, fast alle Kirchgemeinden würden die Grundanforderung in Bezug auf das Betreuungsverhältnis erfüllen.

«Ewigkeit im Recht gibt es nicht»

In Artikel 29 und 30 des neuen bernischen Landeskirchengesetzes sind Sockelbeiträge festgelegt, die für die Entlohnung der Geistlichen aller anerkannten Kirchen verwendet werden sollen. Diese klar bezifferten Beiträge sind Teil des Gesetzes und sollen «auf Ewigkeit abgegolten werden», so Schöni-Affolter. So seien jährlich 40 Millionen weg, denn «sie sind zementiert». In Artikel 31 wird zudem festgehalten, dass der Kanton die Landeskirchen zusätzlich für Leistungen von gesamtgesellschaftlichem Interesse unter-

«Die Allianz von Kirchen und Staat, diese unheilige Allianz nützt heute niemandem mehr!»

Franziska Schöni-Affolter

stützen soll. Dieser Leistungsbeitrag wird jeweils für sechs weitere Jahre festgelegt auf der Basis eines nach vier Jahren erstatteten Berichts. Es seien Beiträge «für Leistungen ohne Konkurrenz, es sind Globalbeiträge», unterstrich die Referentin.

Aufbruch zu neuen Ufern

Die Kirchen hätten in der Vergangenheit die Aufgabe gehabt, integrativ zu wirken, betonte Franziska Schöni-Affolter. Die Aufgabe der Wertvermittlung falle aber heute vorwiegend dem Staat zu. Der moderne Staat sei pluralistisch und die Integration aller Mitglieder in die Gesellschaft sei zwingend anzustreben. Eine enge Kooperation mit einem ausgewählten Partner würde diese Forderung klar untergraben und die Bildung von Parallelgesellschaften fördern.

«Die Kirchen sollten als korrektive Kraft gegenüber dem Staat wirken», forderte die Grossrätin der Grünliberalen Partei. Wenn Kirchen und Staat so eng miteinander verwoben seien, könne diese Aufgabe aber weder wahr genommen, noch glaubhaft umgesetzt werden. «Die Allianz von Kirchen und Staat, diese unheilige Allianz nützt heute niemandem mehr!», zeigte sich die Politikerin überzeugt und schloss mit einer Aufforderung: «Eigentlich sollten die Kirchen den Mut haben, zu neuen Ufern aufzubrechen. Ich bin überzeugt: Sie würden das schaffen!»

Sarah Beyeler, Doris Moser, Marcus Moser



Die Referentinnen und Referenten diskutieren mit dem Publikum über das Verhältnis von Kirchen und Staat.

Kirchen und Wissenschaften: Menschenbilder und Wahrheitsanspruch

Wie unterscheiden sich Wahrheitsansprüche in der Theologie und in den Naturwissenschaften? Was bedeutet dies für Welt- und Menschenbilder? Die Frage stellt sich, was Weltbilder heute leisten müssen und ob diese Erwartungen im heutigen, durch Naturwissenschaften geprägten Zeitalter einlösbar sind. Es zeigt sich: Ein rein naturwissenschaftliches Weltbild vermag die Erwartungen teils sehr gut, aber nicht vollständig zu erfüllen.



Heinz Richner

«Die Urknalltheorie ist eine Baustelle.»

Über Wahrheit in Theologie und Naturwissenschaften

Prof. em. Dr. Heinz Richner vom Institut für Evolution und Ökologie der Universität Bern nahm die Herausforderung des grossen Themenfelds an und führte in einem dichten Vortrag durch die Problematik. Er tat dies, indem er die Differenz der Wahrheitsansprüche an zwei Punkten beleuchtete: zunächst an verschiedenen Weltbildern. Dann an der Frage, wie die Entwicklung des Lebens verstanden werden könne. «Ich werde den Vergleich so machen, dass ich den Anspruch der katholischen Kirche mit der Naturwissenschaft abgleiche», erläuterte Richner. «Die katholische Kirche hat mit dem Papst ein Sprachrohr, das weltweit und häufig gehört wird.»

Von der Erde zur Sonne und darüber hinaus

Richner begann seine Tour d'Horizon über Weltbilder in der Antike: Das damals vorherrschende geozentrische Weltbild wurde um rund 300 v. Chr. erstmals

herausgefordert: Aristarch von Samos habe ein heliozentrisches Weltbild vertreten und damit die Beobachtung rückwärts laufender «Irrsterne» auf Grund der Annahme unterschiedlicher Bahngeschwindigkeiten der Planeten um die Sonne erklären können. Ptolemäus gelang 400 Jahre später die Wiederetablierung eines geozentrischen Weltbilds. Dabei sei es 1400 Jahre lang geblieben, erläuterte Richner, bis eine Reihe von Wissenschaftlern (Nikolaus Kopernikus, Galileo Galilei, Johannes Kepler, Giordano Bruno) dank neuer Methoden, Instrumente und Beobachtungen zum Schluss gekommen sei, dass doch die Sonne im Zentrum stehen müsse. «Sie sehen: Das Weltbild wurde bis heute mehrfach umgestürzt.» Im nächsten Schritt weitete Richner den Blick zum Universum. Auch hier gäbe es verschiedene Theorien. Die Urknalltheorie für die Entstehung von Raum, Zeit und Materie sei erst 1931 vom Theologen und Physiker Georges Edouard Lemaître entwickelt worden. Jüngst habe der inzwischen verstorbene Astrophysiker

siker Stephen Hawking die Theorie vorgestellt, dass die Ausdehnungsgeschwindigkeit des Universums an verschiedenen Orten unterschiedlich sei. «Die Urknalltheorie ist eine Baustelle», kommentierte Richner lakonisch. Aber genau dies sei in den Naturwissenschaften eben normal. Man nähere sich in einem Erkenntnisprozess dem an, was wahrscheinlicher sei. Heinz Richner verglich diesen Befund mit ausgewählten Aussagen der katholischen Kirche: Auch die Bibel kenne ein geozentrisches Weltbild. Wie bekannt, habe die Kirche ein heliozentrisches Weltbild dann aber nicht akzeptieren wollen. «Galilei wurde unter Hausarrest gestellt, die Bücher von Kopernikus verbrannt und Giordano Bruno zum Tod auf dem Scheiterhaufen verurteilt.» Und heute? «1992 befand Papst Johannes Paul II, dass Galilei «wahrscheinlich» Recht hatte.» 1951 habe Papst Pius XII die Urknalltheorie akzeptiert, allerdings als «Schöpfungsakt». Diese Ansicht habe Papst Franziskus auch 2018 noch vertreten.

Evolution und die Ehrfurcht vor der Kartoffel

Als zweites Beispiel wandte sich Heinz Richner der Evolution der Arten zu: «Wenn Sie eine Kartoffel setzen, werden sie ein halbes Jahr später an der gleichen Stelle mehrere Kartoffeln ernten können. Die Kartoffel hat sich selber kopiert.» Leben sei die Fähigkeit von Individuen, sich selbst zu kopieren, fasste Richner seine detaillierten Ausführungen prägnant zusammen. Zufällige Kopierfehler, sogenannte Mutationen, seien eine unvermeidliche Konsequenz des Kopiervorgangs. Dadurch entstünden Variationen unter den Nachkommen, wobei der Umwelt angepasste Varianten besser überlebten und dieser Selektionsprozess zu Anpassung führe. Darum könne man formulieren: «Die Grundlagen der Evolution sind zufällige Mutation und Selektion.» Der Biologieprofessor legte auch hier die Erkenntnisse wiederum auf eine Zeitachse: Seit Aristoteles und bis ins 18. Jahrhundert seien die Naturwissenschaften von fixen Arten ausgegangen. «Also so, wie ein Schöpfer diese Arten gemacht hätte, unveränderbar.» Vor 300 Jahren sei die Idee der Veränderlichkeit von Arten erstmalig bei Jean-Baptiste de Lamarck aufgetaucht, der davon ausgegangen sei, dass auch Eigenschaften, die wir uns aneignen, vererbt werden könnten. Charles Darwin schliesslich habe eine Theorie der Evolution entwickelt und vorgeschlagen, dass verschiedenste Arten gemeinsame Vorfahren haben könnten und dass Evolution ein Prozess sei, in welchem Variationen entstehen, die ihr unterlägen. Auf der Zeitachse folgten Watson, Crick und Franklin und die Entdeckung der DNA im Jahr 1953. Heute sei das von vielen Forschenden bearbeitete Feld die Epigenetik, die untersuche, ob verschiedene Umwelteinflüsse bei identischen genetischen Informationen zu unterschiedlichen, sogar vererbaren Eigenschaften führen könnten. Damit würde die einst bei Lamarck belächelte Idee in gewisser Weise wieder aktuell. Für Richner wiederum ein Hinweis darauf, dass es in den Naturwissenschaften eben keine fixen Wahrheiten gäbe und die Naturwissenschaften auch keinen Anspruch auf absolute Wahrheit erheben würden. Und die Reaktion der Kirche? Papst Pius IX habe 1870 als Reaktion auf Darwin unterstrichen, dass Gott der alleinige Schöpfer sei. Pius XII habe 1950 festgestellt, dass die Kirche die Evolutionslehre nicht verbiete, aber alle Menschen allein von Adam abstammten – auch die Frau –, dass der Schöpfer den Menschen die Seele

gab und die Kirche ein Anrecht auf Wahrheit habe. Heinz Richner verwies sodann auf Johannes Paul II, der 1996 festgestellt habe, dass die Evolution mehr als eine Hypothese sei, aber die Seele nicht erklären könne. Die Päpste Benedikt XVI und Franziskus hätten selbst in jüngster Vergangenheit daran festgehalten, dass es keinen Widerspruch zwischen Evolution und Theologie gäbe, da die Evolution die Existenz eines Schöpfers bedinge respektive beweise. Am Schluss war das Fazit für Heinz Richner in der Gegenüberstellung deutlich: Die Naturwissenschaften basierten auf Methoden. Hypothesen führten zu Voraussagen, die durch Beobachtungen, Experimente und Modelle oder Simulationen überprüft und dann bestätigt oder eben verworfen würden. Das Ergebnis sei ein zunehmender Erkenntnisgewinn – aber ohne Anspruch auf absolute Wahrheit. Demgegenüber erhebe die Kirche einen Anspruch auf absolute Wahrheit, aber ohne Erkenntnisgewinn und ohne irgendeine erkennbare Methode. «Für die Kirche gilt als Modell unserer Existenz und des Universums die Schöpfung. Für die Naturwissenschaften gibt es dagegen natürliche Ursachen.»

Wahrheit und Wahrhaftigkeit

Prof. Dr. Katharina Heyden vom Institut für Historische Theologie der Universität Bern begann ihr Referat mit der grossen Frage: «Was ist Wahrheit?» In der Bibel werde diese Frage nur ein einziges Mal gestellt und nicht beantwortet. Zwar gehe es in den biblischen Büchern immer wieder um Wahrheit. «Doch wenn davon die Rede ist, dann niemals in definitivischer Sprache.» In der Bibel fänden sich nur Aussagen zum relationalen Aspekt der Wahrhaftigkeit. Ihr Wahrheitsanspruch beziehe sich nicht auf ein «Etwas», sondern auf ein «Du», erläuterte die Theologieprofessorin.

«Für die Kirche gilt als Modell unserer Existenz und des Universums die Schöpfung. Für die Naturwissenschaften gibt es dagegen natürliche Ursachen.»

Heinz Richner

Dieses biblische «Du» beziehe sich nicht ausschliesslich auf andere Menschen und deren Wahrheiten, sondern auf eine Wirklichkeit, die per definitionem unverfügbar sei und in der Bibel «Gott» genannt werde. Diese eine Wahrheit bleibe für alle Menschen gleichermaßen unverfügbar, führte Heyden aus. Was bedeutet das für das Menschenbild? Der Mensch werde verstanden als ein von Erkenntnisdrang getriebenes, fragendes Wesen. «Ein Wesen, das sich auf die Wahrheit ausrichtet, ohne sie jemals zur Verfügung zu haben.» Wahrhaftigkeit bedeute in diesem Sinn, sich im eigenen Denken an der Unverfügbarkeit der Wahrheit zu orientieren.



Katharina Heyden

«Nüchternheit und Mystik schliessen sich in der Geschichte des Christentums keineswegs aus.»

Im Gegensatz dazu hätten Kirchen allzu lange und mit zu viel Macht ausgestattet beansprucht, die Wahrheit über «Etwas» verstehen und verwalten zu können. Die Referentin fragte: «Woran liegt es, dass der Wahrheitsanspruch der Bibel so gründlich missverstanden werden kann, sogar von Christinnen und Christen selbst?»

Rätsel und Geheimnis

Eine Antwort auf diese Frage entwickelte Heyden mit dem Begriffspaar Rätsel und Geheimnis. Religion widme sich dem Geheimnis und nicht dem Rätsel, denn Rätsel sollten gelöst, Geheimnisse aber bewahrt werden.

Doch der Bezug auf ein Geheimnis dürfe nicht ein geheimnistuerisches Denken und Reden legitimieren, welches sich abseits von vernünftigen Argumentationen vollziehe, betonte Heyden. «Nüchternheit und

Mystik schliessen sich in der Geschichte des Christentums keineswegs aus.» Die wissenschaftliche Theologie habe ernst zu nehmen, dass Religion sich auf ein «Du», und damit auf ein Geheimnis beziehe. Es gehe darum, zu beschreiben und zu verstehen, wie Menschen sich selbst und das Geheimnisvolle in ihrem Leben beschrieben, und wie sie in Entsprechung zum Glauben an ein göttliches Gegenüber heute denken und leben könnten.

Doch die Theologie habe es nicht ausschliesslich mit Geheimnissen zu tun. Rätselhaftes und Geheimnisvolles seien zwei Dimensionen, die beide vielen Phänomenen innewohnen. Was wir daran begreifen könnten, könne man Rätsel nennen. Was uns ergreife, seelisch und geistig antreibe oder auch blockiere, das ordne sie dem Geheimnisvollen zu, so Heyden. «Beides kann erforscht und beobachtet werden, aber mit unterschiedlichen Fragerichtungen, Methoden, Ergebnissen und Sprachen.»

Der Mensch zwischen Ohnmacht und Freiheit

Im christlichen Nachdenken über den Menschen lauteten zentrale Vorstellungen, dass der Mensch ein Geschöpf Gottes und dass Gott, der Schöpfer, Mensch geworden sei. Das «Du», auf welches sich die christliche Religion beziehe, werde zum Mensch gewordenen Gott und überwinde den Abstand zwischen Schöpfer und Geschöpf. Daran knüpften christliche Theologen den Gedanken, dass jeder Mensch potentiell der Teilhabe am Göttlichen fähig sei. «Aus dieser Spannung zwischen der Ohnmacht des Geschöpfes und seiner Ermächtigung zur Teilhabe am Schöpfer ergibt sich aus christlicher Sicht der Entfaltungsraum des Menschen in dieser Welt.» Letztendlich bestehe die Ohnmacht des Menschen nur gegenüber Gott, sie bringe damit eine Freiheit gegenüber allen Wahrheits- und Machtansprüchen in der Welt mit sich.

Kein Zugriff auf die Wahrheit

Christliche Theologie und Kirche seien frei zu einem unbefangenen Umgang mit allen Rätseln dieser Welt. Sie seien aber auch zum Einspruch verpflichtet gegen die Verwechslung von Rätsel und Geheimnis, betonte

«Religion widmet sich dem Geheimnis, nicht dem Rätsel. Rätsel sollen gelöst, Geheimnisse bewahrt werden.»

Katharina Heyden



Andreas Wagner

«In der Verschiedenheit der kanonischen Welt- und Menschenbilder steckt auch die Einsicht, dass ein zu einer bestimmten Zeit ausgeformtes Welt- und Menschenbild Ausdruck seiner geschichtlichen Begrenzung ist.»

Katharina Heyden. Denn wenn Rätsel zu Geheimnissen erklärt und dadurch religiös überhöht würden, «dann schwingen sich Leute mit religiöser Legitimation zu Hütern aller menschlicher Erkenntnis auf». Wenn umgekehrt alles Geheimnisvolle im Erleben des Menschen als prinzipiell lösbares Rätsel aufgefasst werde, trete der Lückenbüsser-Effekt ein: «Gott wird dann jeweils an die Stelle gesetzt, wo das menschliche Erkennen an eine Grenze stösst.»

Die Frage nach der Wahrheit werde in der Bibel nicht definitorisch, sondern als eine Frage der Beziehung behandelt, schlug die Referentin den Bogen zur Frage zu Beginn ihres Vortrags. «Deswegen eignen sich naturwissenschaftliche Erkenntnisse weder zur Bestreitung, noch zur Bestätigung biblischer Wahrheitsansprüche.» Vielmehr erschliesse sich der Wahrheitsgehalt der Bibel und des Christentums erst, wenn man sie als Einführung begreife in einen Umgang mit der Einsicht, dass die Menschen keinen Zugriff auf die Wahrheit hätten.

Weltbilder im Alten Testament

«Die Israeliten hatten alles verloren, alles was das alte Jerusalem ausgemacht hatte.» Mit der Erinnerung an die Eroberung Jerusalems im Jahr 587 v. Chr. begann **Prof. Dr. Andreas Wagner** vom Institut für Altes Testament der Universität Bern sein Referat. Damals wurde die Stadt Jerusalem und deren Tempel durch die Babylonier erobert, geplündert und zerstört und ein Grossteil der Bevölkerung ins babylonische Reich deportiert. Die erste Exilgeneration hätte sich darauf intensiv mit der Frage nach den Gründen für dieses traumatische Ereignis beschäftigt, so Wagner. Sie hätte sich von ihrem Gott wegen ihrer gemachten Fehler verlassen gefühlt. Dieser Glaube habe die ersten Generationen im Exil zu einem schonungslosen Aufdecken des Fehlverhaltens sowohl des Königs und der Priesterschaft als auch des gesamten Volkes angeregt. Der Wille des Gottes sei nicht eingehalten worden, weil sich beispielsweise reiche Leute auf Kosten der Armen bereichert hätten. Die Gesamtheit dieser Fehler sei als Grund für den Untergang Jerusalems angenommen worden, führte Wagner aus.

Das Nachdenken über menschliches Fehlverhalten schlage sich in den geschichtlich geprägten Büchern des Alten Testamentes nieder (Josuabuch, Richterbuch, Samuelbücher, Königebücher), so der Referent.

Auswirkungen der Glaubenskrise auf das Weltbild

Erkenntnisse aus der Auseinandersetzung mit menschlichem (Fehl-)Verhalten führten zu einem neuen Verständnis der Mensch-Gott-Beziehung: Gott habe das jüdische Volk nicht wegen dessen fehlerhaftem Verhalten verlassen, sondern er habe sein Volk mithilfe der Babylonier für die Nichtachtung seines Willens bestrafen wollen. Er würde sich zu gegebener Zeit eines anderen Volkes bedienen, um die Strafe zu beenden. Daraus entwickelte sich die Vorstellung, dass der Gott weiterhin zu seinem Volk halte und «von Anfang an alle Fäden in der Hand habe», ergänzte der Referent.

Die Existenz eines Volkes beginne mit der Schöpfungsgeschichte, welche die grundsätzliche Beziehung zu Gott aufzeige. «Wir können wahrhaft von einem Weltbild sprechen, das hier entworfen wird, das aber von der Entstehung her nicht aus dem Gedanken einer Welterklärung heraus entstanden ist, sondern aus der Anschauung, dass sich in der Art, wie die Schöpfung der Welt dargestellt und ausgestaltet wird, die Ordnung der Welt als Lebensraum für die Mensch-Gott-Beziehung ergibt (...),» führte Wagner aus. Die Schöpfungsgeschichte sei also kein naturwissenschaftlicher Erklärungsversuch, wie sich die Entstehung der Welt und der Menschen abgespielt haben könnte. «Eine Deutung der Schöpfungserzählung als Welterklärung in der Art neuzeitlicher, naturwissenschaftlicher Weltentstehungs- oder Weltentwicklungstheorien ist nach meiner tiefsten Überzeugung auch theologisch vollkommen falsch», unterstrich der Alttestamentler.

Das in der Schöpfungsgeschichte dargelegte Sieben-Tage-Schema sei singular in der altorientalischen Welt entwickelt worden. Die Sieben-Tage-Gliederung, wonach nach sechs Tagen Arbeit ein Tag Gott zu widmen sei, habe zur Sichtbarmachung der eigenen Religionszugehörigkeit und zur Abgrenzung gegenüber anderen Religionsgemeinschaften gedient. «Der

Beweggrund, die Sieben-Tage-Gliederung als Bestandteil des Schöpfungsgeschehen zu sehen, war nicht die Bemühung, neuste damalige wissenschaftliche Erkenntnisse zur Weltentstehung einzubeziehen, (...) sondern aufzuzeigen, dass die Ordnung der zukünftigen Welt schon von Anfang an gottgewollt gewesen war», erklärte der Referent.

«Wer heute nach Weltbildern sucht, stösst typischerweise auf alte Abbildungen. Die Vorstellung eines Weltbilds hat sich ein Stück weit überlebt.»

Claus Beisbart

Menschenbild: die totale Gleichheit vor Gott

Im babylonischen Exil habe sich nicht nur das Weltbild, sondern auch das Menschenbild stark verändert: Die Priesterschriften zeigten, dass radikale Ansichten aus der bereits erwähnten Aufdeckung von Fehlverhalten entwickelt worden seien: Alle Menschen, ja das ganze Volk habe sich verfehlt, ob Mann oder Frau, ob arm oder reich. Denn alle müssten sich gleichermaßen an die Weisungen Gottes halten, jedes menschliche Wesen habe denselben Stand in der Beziehung zu Gott. Alle Menschen seien mit ihrem Verhalten für das Gemeinwohl mitverantwortlich. Dies bedeute konkret eine Gleichstellung aller Mitglieder der jüdischen Gemeinschaft in ihrer Beziehung zu Gott: «Es gibt die totale Gleichheit», verdeutlichte Wagner. Diese Vorstellung komme auch in der Schöpfungsgeschichte zum Ausdruck: Bei der Erschaffung der menschlichen Wesen sei von einem Kollektivbegriff die Rede, es werde nämlich von der Schöpfung der Menschheit gesprochen.

Pluralität von Weltbildern im biblischen Kanon

Es gebe zahlreiche, teilweise unterschiedliche Schöpfungsvorstellungen im Alten Testament, von welchen keine einen naturwissenschaftlichen Charakter aufweise. Und trotzdem seien alle im biblischen Kanon eingeschlossen und als gleichermassen bedeutsam

überliefert worden. «In der Verschiedenheit der kanonischen Welt- und Menschenbilder steckt auch die Einsicht, dass ein zu einer bestimmten Zeit ausgeformtes Welt- und Menschenbild Ausdruck seiner geschichtlichen Begrenzung ist», führte Wagner aus. Die Pluralität der Weltbilder im Alten Testament zeige, dass sich Weltbilder ändern könnten. Diese Einsicht sei teilweise in der langen Überlieferungsgeschichte der Bibel verloren gegangen, obwohl der biblische Kanon sie eigentlich schon vor sehr langer Zeit offenbart habe, schloss Wagner.

Kriterien für gelingende Weltbilder

«Wer heute nach Weltbildern sucht, stösst typischerweise auf alte Abbildungen», bemerkte **Prof. Dr. Dr. Claus Beisbart** vom Institut für Philosophie der Universität Bern zu Beginn seines Vortrags. Dies sei kein Zufall: «Die Vorstellung eines Weltbilds hat sich ein Stück weit überlebt.» Dies habe wesentlich mit dem Auftritt der modernen Naturwissenschaften zu tun, führte Beisbart aus, der sich im Weiteren vornahm, die Vorstellung von Weltbildern grundsätzlicher zu überprüfen. Beisbart tat dies, indem er eine Liste plausibler Erwartungen an ein Weltbild zusammentrug und sich in einem weiteren Schritt fragte, ob diese Erwartungen durch die modernen Naturwissenschaften denn auch erfüllt werden könnten.

Was also erwarten wir uns von Weltbildern? Nach Claus Beisbart sollten sie erstens die ganze Welt abdecken und so eine Gesamtsicht erlauben. Zweitens sollten Weltbilder bildhaft sein und als anschauliche Modelle dienen. Drittens sollte ein Weltbild richtig sein und dem objektivierten Wissen der Welt entsprechen. Nun werde Richtigkeit häufig mit Wahrheit gleichgesetzt. Der Philosoph betonte mit Blick auf die laufende Forumsveranstaltung, dass Wahrheit für uns nicht direkt greifbar sei. Die Richtigkeit eines Weltbildes zeige sich für uns nur in seiner Begründbarkeit. Viertens erwarteten wir von einem Weltbild auch die Integration und Synthese wesentlicher Aspekte. Dahinter stecke unser Wunsch nach einer Übersicht. Als fünfte Erwartung an ein Weltbild formulierte Claus Beisbart sodann die Orientierung. Weltbilder sollten bei unserer Verortung helfen und auch Grundlagen und Normen für unser Handeln bieten.

Erwartungen an Weltbilder

Sind diese Erwartungen an ein Weltbild in einem Zeitalter, das stark durch Naturwissenschaften geprägt ist, einlösbar? Claus Beisbart gab sich überzeugt, dass letztere insbesondere bei der Richtigkeit und Begründbarkeit punkten würden: «Die Naturwissenschaften haben uns Wissen ermöglicht, das gut verankert ist und weiten Konsens genießt. Ein hierauf gegründetes Weltbild hätte also beste Chancen auf Richtigkeit.» Die Überprüfung der weiteren Forderungen auf dieser Basis erwies sich dann aber als wenig fruchtbar: Die Abdeckung der ganzen Welt durch die Naturwissenschaft in Raum, Zeit oder Mikrokosmos zeige an vielen Stellen vor allem die Erkenntnisgrenzen auf, kommentierte Beisbart. Stichworte seien Multiversum, Dunkle Energie, Quantenmechanik. Auch bezüglich der Bildhaftigkeit gebe es Einschränkungen. Wer könne sich schon etwas unter Verschränkung, Welle-Teilchen-Dualismus oder gekrümmter Raumzeit vorstellen? Auch der Wunsch nach Integration und

Synthese werde häufig enttäuscht. Das Hauptproblem sieht der Philosoph in der fortschreitenden Spezialisierung der Wissenschaften, was einer umfassenden Synthese entgegenstehe. Was ist mit Orientierung? Auch die finde kaum statt. Claus Beisbart verwies hier auf den Soziologen Max Weber und dessen Vorstellung einer wertfreien Wissenschaft. Demzufolge enthielten naturwissenschaftliche Resultate allein eben keine unbedingten Werturteile. «Vier unserer Erwartungen an Weltbilder werden durch die Naturwissenschaften nicht erfüllt», bilanzierte Beisbart. «Das bringt uns in eine Zwickmühle, mit zwei Optionen»: Ein rein naturwissenschaftliches Weltbild lasse sich zwar gut begründen, erfülle aber keine der genannten weiteren Funktionen. Zudem führe die Aussage, dass sich die Welt in wesentlichen Zügen naturwissenschaftlich beschreiben liesse, über die Naturwissenschaften hinaus. Die zweite Option, ein nicht rein naturwissenschaftliches Weltbild, das philosophisch oder theologisch fundiert sei, könne nicht so sinnfällig begründet werden wie naturwissenschaftliche Resultate, habe aber grosse Vorteile bei den anderen Funktionen und Erwartungen. Beisbarts Fazit: «Ich glaube, wir stehen heute vor diesem Dilemma. Daher haben wir heute Schwierigkeiten, uns für ein Weltbild zu entscheiden; früher war das einfacher.»

gen entwickeln. Bezüglich Richtigkeit und Begründung: Für naturwissenschaftliche Aspekte unserer Sicht auf die Welt müssten deren Massstäbe angewendet werden. Aber es gebe auch andere Fragen, Fragen der Orientierung, gesellschaftliche, ethische oder politische Fragen. Und hier gelte es Gründe auszuweisen und Positionen zu begründen, «so gut das eben geht». Bezüglich der Synthese: Diese sei heute ganz wesentlich die Aufgabe der Philosophie, «gerade die Wissenschaftsphilosophie versucht die Ergebnisse der einzelnen Wissenschaften zu integrieren.» Bezüglich Orientierung verwies Claus Beisbart auf weitere Begründungsformen, zum Beispiel das «Überlegungsgleichgewicht» nach John Rawls, das auf Vorstellungen gründe, die wir bereits hätten. Auch wenn wir damit keine Letztbegründungen erzielen könnten – ein Erkenntnisfortschritt sei damit durchaus zu erreichen. Und der Anspruch auf Wahrheit? Letztlich, so Philosoph Claus Beisbart, sei diese Frage gar nicht so relevant: «Wir müssen eben schauen, dass wir zu den Positionen gelangen, die am besten begründet sind.»

Sarah Beyeler, Doris Moser, Marcus Moser

Alternative Begründungsformen als Chance?

Heisst das alles, dass wir uns gar kein Bild der Welt mehr machen können und orientierungslos sein müssen? Nein. Claus Beisbart ging die Liste der Erwartungen nochmals durch. Bezüglich der Abdeckung der Welt als materielle Gesamtheit gebe es kaum Alternativen zu naturwissenschaftlichen Methoden, auch wenn wir immer wieder an Erkenntnisgrenzen sties- sen. Hier sei eben eine Bescheidung des Menschen erforderlich. Bezüglich der Bildhaftigkeit: Es liessen sich allenfalls einzelne Aspekte der Welt bildlich darstellen; statt ein einziges Weltbild zu suchen, sollten wir lieber mehrere, sich ergänzende Weltauffassun-



Katharina Heyden, Heinz Richner, Claus Beisbart und Andreas Wagner diskutieren unter der Leitung von Irene Gysel.

Kirchenumnutzungen konkret



1 Heiliggeistkirche Bern

Baujahr | 1726 – 1729
Konfession | Evangelisch-reformiert
Umnutzungsart | Mischnutzung

Mitten in der Stadt bietet die «offene kirche» einen Ort der Begegnung, Meditation und Raum für Ausstellungen und Konzerte. Die Heiliggeistkirche will eine für Menschen offene Kirche sein. Willkommen sind alle, die sich einem Moment der Ruhe und der Geborgenheit hingeben möchten. Oder eine Gegenüber für ein Gespräch suchen. Eine Kaffeecke und Ausstellungen laden ein zum Verweilen. Die «offene kirche» organisiert ferner Konzerte, Vorträge und Diskussionsforen. Sie bietet Raum für spirituelle Erfahrungen. Der Verein «Offene Heiliggeistkirche» wurde im Jahr 2002 gegründet.



2 Neupostolische Kirche Bern

Baujahr | 1952
Konfession | Neupostolisch
Umnutzungsart | Abriss

Die sanierungsbedürftige neupostolische Kirche an der Balderstrasse in Bern wurde 2009 verkauft und später abgerissen. Heute steht auf der Parzelle ein vom Architekturbüro atelier 5 errichtetes Mehrfamilienhaus mit acht Wohnungen.



3 Lukaskapelle Bern

Baujahr | 1924
Konfession | Evangelisch-methodistisch
Umnutzungsart | Verkauf

Die im Jahr 1924 im Art déco-Stil erbaute Lukaskapelle in Bern diente der Evangelisch-methodistischen Gemeinde als Gotteshaus, bis sie 2010 zur Finanzierung des Umbaus der Zionskapelle in der Berner Altstadt verkauft wurde. Das Gebäude wurde 2014 zu einem Mehrfamilienhaus mit drei Wohnräumen umgebaut. Reminiszenzen an die einstige sakrale Nutzung wie das Kreuz auf dem Dach und die Inschrift wurden bewusst an ihrem Ursprungsort belassen.



4



4 Matthäuskirche Bern

Baujahr | 1962 – 1965
Konfession | Evangelisch-reformiert
Umnutzungsart | Offen

Seit 2014 werden in der Kirchgemeinde Matthäus verschiedene Optionen einer zukünftigen Nutzung der Matthäuskirche diskutiert. Die Kirchgemeinde beschloss, auf die Matthäuskirche samt Kirchgemeindehaus und Pfarrhaus zu verzichten und gab eine entsprechende Erklärung ab. Im Dezember 2016 reichten der Leist (Quartierverein) der Engehalbinsel zusammen mit der Kirchgemeinde Matthäus die Petition «Matthäus-Kirche muss öffentlicher Raum bleiben» ein. Die Petition war innert zwei Wochen von 1610 Personen mehrheitlich aus dem Quartier unterschrieben worden. Darin wird vorgeschlagen, das Kirchgemeindehaus und das Pfarrhaus der Stadt für Schulraum zur Verfügung zu stellen und die Kirche künftig als Schulbibliothek und Gottesdienstraum zu nutzen.

5

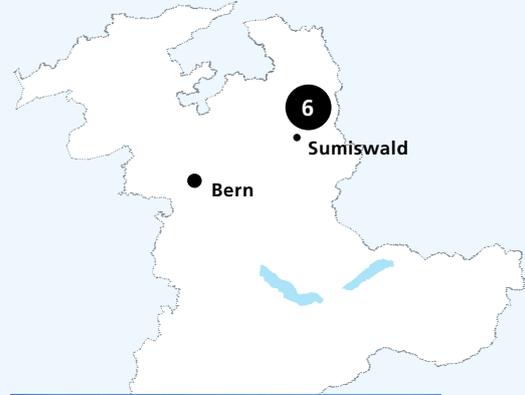


5 Wesley-Kapelle Bern

Baujahr | 1907
Konfession | Evangelisch-methodistisch
Umnutzungsart | Verkauf

Die Methodistenkapelle im Berner Breitenrainquartier wurde 1907 vom Burgdorfer Architekten Albert Brändli im Heimatstil gebaut. Nach dem Verkauf im Jahr 1998, wird sie als Kleinkunst- und Konzertbühne «La Capella» genutzt. Im Estrich wurde eine Wohnung eingebaut.

6



6 Katholische Kirche Sumiswald

Baujahr | 1973
Konfession | Römisch-katholisch
Umnutzungsart | Verkauf

2008 verkaufte die römisch-katholische Kirchgemeinde Langenthal die 1973 erbaute Kirche St. Mauritius in Sumiswald für 1,2 Mio. Franken an die Freie Evangelische Gemeinde FEG. Die Kirchgemeindeversammlung stimmte mit 57 zu 7 Stimmen für den Verkauf. Die FEG renovierte die Kirche mit Spenden von Gemeindegliedern. Man entfernte den alten Altar und richtete neben dem Gottesdienstraum Räume für die Jugendgruppe und für Kleinkinder ein.

Datenbank Kirchenumnutzungen

Die Datenbank Kirchenumnutzungen der Universität Bern erfasst Kirchen, Kapellen und Klöster in der Schweiz, die in den letzten 25 Jahren eine Umnutzung erfahren haben bzw. deren Umnutzung vorgesehen ist. Nicht erfasst sind Pfarrhäuser, Kirchgemeindehäuser, Pfarreizentren und weitere kirchliche Immobilien, auch wenn diese heute ebenfalls von der Umnutzungsproblematik betroffen sind. Kirchen, Kapellen und Klöster, die bereits vor 1990 profaniert wurden (u.a. im Zuge der Reformation oder der Französischen Revolution), sind nicht aufgenommen.

Die Texte dieser Doppelseite wurden der Datenbank entnommen.

www.schweizerkirchenbautag.unibe.ch/datenbank_kirchenumnutzungen

Umnutzen, um zu bewahren

Sinkende Mitgliederzahlen stellen Kirchgemeinden vor Probleme. Wie sollen die kostenintensiven Sakralbauten weiter finanziert werden? Eine Lösung sieht Johannes Stückelberger in der Umnutzung.

Interview: Marcus Moser

Wie viele Kirchen, Kapellen und Klöster gibt es in der Schweiz insgesamt?

Leider kennen wir die Zahlen nicht, noch nicht. Mit einer Ausnahme: Ich habe kürzlich mit Studierenden ein Inventar aller seit 1950 in der Schweiz gebauten Kirchen, Kapellen und Klöster erstellt. Es umfasst über 1000 Einträge. Das Total aller Sakralbauten in der Schweiz dürfte sich im Bereich einer fünfstelligen Zahl bewegen.

Wie viele Kirchen wurden in den letzten 25 Jahren in der Schweiz umgenutzt oder aufgegeben?

Die «Datenbank Kirchenumnutzungen» auf der Webseite der Universität Bern, die nur Umnutzungen der letzten 25 Jahre erfasst, enthält um die 200 Einträge. Sie ist jedoch nicht komplett. Dazu kommen viele ältere Beispiele von Kirchen und Klöstern, die beispielsweise schon in der Reformationszeit oder im Zuge der Säkularisierung nach 1800 profaniert wurden.

Warum gibt es heute vermehrt Kirchenumnutzungen?

Dies hängt primär damit zusammen, dass die Zahl der Kirchenmitglieder rückläufig ist und damit auch weniger finanzielle Mittel zur Verfügung stehen. Viele Kirchgemeinden reduzieren die Stellenprozentage und konzentrieren die Aktivitäten, mit der Folge, dass auch weniger Räume gebraucht werden. Für die überzähligen Räume sucht man neue Nutzerinnen, die die Kosten, die insbesondere bei Kirchengebäuden sehr hoch sind, mittragen.

Was macht Kirchen im Unterhalt so teuer?

Es sind oft alte Gebäude mit einem hohen kunsthistorischen Wert. Das heisst, Renovationen sind komplex und damit teuer. Kostenintensiv ist auch die Beheizung, da es sich in der Regel um sehr grosse Gebäude handelt.



Johannes Stückelberger

«Unsere Gesellschaft wandelt sich. Die Umnutzungsthematik ist Teil dieses Wandels.»

Welche Formen von Umnutzungen gibt es?

Als Umnutzung bezeichnen wir jede Form von Nutzungswechsel oder Nutzungserweiterung. Das beginnt damit, dass beispielsweise Kirchen über den Gottesdienst hinaus noch für weitere kirchliche Angebote genutzt werden. Es kann heissen, dass sie anderen kirchlichen Gemeinschaften oder auch profanen Gruppierungen zur Mitnutzung überlassen werden. Wir sprechen in dem Fall von Mischnutzung. Weitere Formen sind die Vermietung, die Abgabe im Baurecht oder gar der Verkauf an andere kirchliche oder profane Gruppen. Und schliesslich gibt es die Option Abriss.

Welches sind Grenzen, die bei Umnutzungen nicht überschritten werden sollten?

Die Grenzen bestimmen sich durch die Werte, die man mit den Kirchen in Verbindung bringt. Sinnvollerweise orientieren sich Umnutzungen oder erweiterte Nutzungen an diesen Werten. Rein rechtlich ist es durchaus möglich, in einer Kirche beispielsweise eine Autowerkstatt einzurichten. Doch ist dies weder angemessen noch sinnvoll. Angemessener und sinnvoller sind Umnutzungen im religiösen, sozialen und kulturellen Bereich sowie Nutzungen, die im Interesse der Gesamtgesellschaft sind.

Man könnte die Kirche ja auch einfach verkaufen. Was spricht dagegen?

Verkäufe von Kirchen kommen vor, vor allem bei kleineren Gemeinschaften wie etwa den Methodisten oder der Neuapostolischen Kirche. Bei den Landeskirchen (evangelisch-reformiert, römisch-katholisch und christkatholisch) sind sie seltener, was damit zu tun hat, dass deren Gebäude, die ja oft dorf- oder stadtbildprägend sind, von der Gesamtgesellschaft in Anspruch genommen werden. Sie beispielsweise an Private zu verkaufen, wie es in St. Gallen geschehen ist, kommt schlecht an. Kirchen sollten in öffentlichem Besitz bleiben. Letztlich gehören sie der Gesellschaft.

Wer soll in den Dialog einbezogen werden, wenn es um die Umnutzung von Kirchen geht?

Bei den Gebäuden der drei Landeskirchen ist es sinnvoll, bei Umnutzungsvorhaben die Öffentlichkeit miteinzubeziehen: das Quartier, das Dorf, die Stadt. Die öffentliche Hand als Partnerin bietet Garantien für langfristige Lösungen erweiterter Nutzungen. Und nur mit dem Einbezug der Öffentlichkeit bleiben die Kirchen öffentliche Gebäude.

Wer ist eher gegen Kirchengenutzungen? Wer ist eher dafür?

Es gibt Fälle, wo eine Kirchgemeinde für den Abriss ihrer Kirche stimmte, danach aber Leute aus dem Dorf sich dagegen wehrten. Das lässt sich zwar nicht verallgemeinern, aber es zeigt, dass Kirchen auch für Leute, die nie mehr einen Gottesdienst besuchen, einen Wert haben: als die sprichwörtliche Kirche im Dorf, als Ort, den man mit Werten in Verbindung bringt, die einem, auch wenn man nicht mehr Mitglied einer Kirche ist, noch etwas bedeuten. Hohe Akzeptanz geniessen erweiterte Nutzungen oder Mischnutzungen, bei denen die Kirchen im Besitz der Kirchgemeinden bleiben, jedoch von anderen mitgenutzt werden können.

Bewährt hat sich die Übergabe von Kirchen zur Nutzung durch andere religiöse Gemeinschaften.

Bewährt, weil damit die Kirche – ihrer ursprünglichen Funktion entsprechend – weiterhin und primär als Gottesdienstraum dient. Die kirchliche Gastfreundschaft hat eine lange Tradition. Als die Hugenotten als Glaubensflüchtlinge nach Bern kamen, wurde ihnen die ehemalige Dominikanerkirche, die heutige Französische Kirche, zur Verfügung gestellt. Heute sind es andere Migrantengemeinden, denen man die Kirchen zur Mitnutzung überlässt.

Gibt es hier Vorbehalte oder gar Grenzen?

Einen Vorbehalt gibt es gegenüber nichtchristlichen Glaubensgemeinschaften, etwa den Muslimen, wobei es in Deutschland schon ein paar Beispiele von Kirchen gibt, die heute als Moscheen genutzt werden. Theologisch gibt es dagegen kaum Argumente, es ist eher eine Frage des Abwägens von finanziellem Nutzen und politischem Schaden. Einen anderen Vorbehalt gibt es gegenüber Freikirchen, die sich ja bewusst von den Landeskirchen abgrenzen.

Die Mantelnutzung gilt als zukunftsweisendes Modell auch für sakrale Bauten.

Es gibt in Basel das Beispiel einer Kirche, die man, weil kunsthistorisch unbedeutend, abreißen durfte. Man hat die freiwerdende Parzelle für eine grössere Überbauung genutzt, in die man – neben einem Kindergarten und Alterswohnungen – auch einen Gottesdienstraum und weitere kirchliche Räume integrierte. Zukunftsweisend ist an diesem Modell, dass die Kirche dem Ort erhalten bleibt, gleichzeitig die Kosten aber auf mehrere Schultern verteilt werden.

Kirchen reisst man nicht einfach so ab. Warum nicht?

Die meisten Kirchen kann man nicht abreißen, weil sie geschützt sind, wobei der Schutzstatus zum Ausdruck bringt, dass es Gebäude von historischer und öffentlicher Bedeutung sind. Noch einmal: Kirchen sind öffentliche Räume, die der ganzen Gesellschaft gehören. Ein zweiter Grund ist, dass die Gesellschaft Orte wie Kirchen weiterhin braucht: Orte, an denen andere Gesetzmässigkeiten gelten, an denen alle willkommen sind, so, wie sie sind.

Wie wird sich das Problem entwickeln?

Ich gehe davon aus, dass das Thema noch nicht seinen Zenit erreicht hat. Es wird in der Schweiz in den kommenden Jahrzehnten zu weiteren Umnutzungen von Kirchen, Kapellen und Klöstern kommen. Doch bin ich zuversichtlich, dass man – wie bisher auch schon – von Fall zu Fall angemessene und sinnvolle Lösungen finden wird. Unsere Gesellschaft wandelt sich. Die Umnutzungsthematik ist Teil dieses Wandels. Sich der Thematik zu stellen heisst, die Zukunft der Gesellschaft mitzugestalten.

Das Interview wurde schriftlich geführt.

Prof. Dr. Johannes Stückelberger, Kunsthistoriker, ist seit 2010 Dozent für Religions- und Kirchenästhetik an der Theologischen Fakultät der Universität Bern. Nach dem Studium in Basel und München war er Assistent in Basel und lehrte danach an den Universitäten Genf, Freiburg/Schweiz und Taipeh. In einem vom SNF geförderten Forschungsprojekt analysierte er jüngst die Sakraltopographien von acht Schweizer Städten in ihrer Transformation von 1850 bis heute. Er ist der Initiator des Schweizer Kirchenbautags.

Vorschau

Schweizer Kirchenbautag 2019: Kirchenbau nach 1950
Freitag, 30. August 2019, 9.15–17.45 Uhr, Universität Bern

Kirchen in der Gesellschaft: Gestern – Heute – Morgen

Welche Zukunftsvisionen haben die christlichen Kirchen?
Die Beiträge zeigen: Es geht nicht darum, Massnahmepläne umzusetzen, sondern um Selbstbesinnung und -vergewisserung, damit Kirchen mehr bleiben als blosser Dienstleistungsbetriebe.

Verhältnis von Kirchen und Gesellschaft

«Das Verhältnis von Kirchen und Gesellschaft verändert sich derzeit, und zwar dramatisch und rasant», führte **Prof. Dr. David Plüss** vom Institut für Praktische Theologie der Universität Bern in das Thema

«Kirchen in der Gesellschaft» ein. Und präzierte: «Dieses Verhältnis scheint wie eine Ehe, die in die Krise geraten ist.» Die Krise werde von beiden Partnern wahrgenommen, aber eine Scheidung könne keine Option sein. Eine Trennung von Kirchen und Staat sei möglich, nicht aber eine Trennung von Kirchen und Gesellschaft. Denn «die Kirchen sind schon immer Teil der Gesellschaft gewesen», begründete Plüss die Unmöglichkeit einer Scheidung.

Verhältnis von Religion und Gesellschaft

Nach dem Soziologen Niklas Luhmann besteht eine Gesellschaft aus vielen Teilsystemen. Im Mittelalter habe die Kirche in Europa noch alle Lebensbereiche durchdrungen: Medizin, Erziehung, Wissenschaft, Wirtschaft, Religion, etc., erläuterte der Professor. In der Zeit der Aufklärung habe der Wirkungsbereich der Kirchen zu schmelzen begonnen und es hätten sich immer deutlicher die oben aufgezählten Teilsysteme herausgebildet.

Auch der französische Soziologe Émile Durkheim dachte über das Verhältnis von Gesellschaft und Religion nach. Durkheim sei 1912 zum Schluss gekommen, «dass Religion und Gesellschaft aufs Engste zusammenhängen», erklärte David Plüss. Religion sei für Durkheim ein metaphorisches Spiegelbild der Gesellschaft und für deren Zusammenhalt zuständig. Für Ernst Troeltsch, einen deutschen protestantischen Theologen, «ist Religion mehr als eine gesellschaftliche Funktion, die diese zusammenhält und legitimiert», erörterte der Referent. Laut Troeltsch manifestiert sich Religion in verschiedenen sozialen Gestalten, die sich in drei Grundtypen unterscheiden lassen: die Kirche, die Sekte und die Mystik. «Der grösste Unterschied zu 1912 besteht darin, dass Religion (in

David Plüss

«Kirchen als glaubensdurchwirkte Institutionen sind mehr als nur Dienstleistungsbetriebe, ausgestattet mit einem modernen Qualitätsmanagement.»





Matthias Zeindler

«Nicht schnelle Resultate sind gefragt, sondern langfristig mit der Vision unterwegs zu sein, sie zu bekräftigen und zu merken, dass sie sich nach wie vor bewähre.»

Europa) nicht mehr mit Christentum gleichgesetzt werden kann», fügte David Plüss an.

Zukunftsvisionen der Kirchen?

Eine visionsfreie Welt drifte in Nihilismus ab, gab sich der Theologe überzeugt und betonte: «Kirchen als glaubensdurchwirkte Institutionen sind mehr als nur Dienstleistungsbetriebe, ausgestattet mit einem modernen Qualitätsmanagement.» Es sei wichtig, dass Kirchen Visionen entwickelten und diejenigen der christlichen Kirchen würden historisch sehr weit zurückreichen: «Es sind Visionen, die im Gestern wurzeln und heute erzählt und zur Aufführung gebracht werden, um das Morgen zu humanisieren!»

Zukunftsvisionen aus reformierter Sicht

Mit acht Gottesdiensten, einem Kirchenrisotto und dem Visionsfest auf dem Bundesplatz feierten die bernischen reformierten Kirchen am 10. September 2017 ihre «Vision Kirche 2021». Es sei das bisher grösste Fest der reformierten Kirche Bern gewesen, erinnerte sich **Prof. Dr. Matthias Zeindler** vom Institut für Systematische Theologie der Universität Bern.

Am Anfang waren die Fragen

Ihren Ausgang nahm die Vision in der Wintersynode 2013. Damals sei die Motion «Kirche 21 – gemeinsam Zukunft gestalten» einstimmig angenommen worden. Auf welche Fragen diese Zukunftsvision überhaupt eine Antwort geben sollte, wurde 2015 im Rahmen von 15 Konferenzen unter dem Stichwort «Fragen stellen» eruiert und führte zu einer Fülle von nicht weniger als 5746 Fragen. Daraus seien die folgenden Leitsätze der Vision Kirche 21 entwickelt worden:

*Von Gott bewegt. Den Menschen verpflichtet:
Auf die Bibel hören – nach den Menschen fragen.
Vielfältig glauben – Profil zeigen.
Offen für alle – solidarisch mit den Leidenden.
Die Einzelnen stärken – Gemeinschaft suchen.
Bewährtes pflegen – Räume öffnen.
Vor Ort präsent – die Welt im Blick.
Die Gegenwart gestalten – auf Gottes Zukunft setzen.*

Vier reformierte Dimensionen

Die Vision sei in einem basisorientierten Prozess entstanden. «Das ist ein reformierter Weg», bemerkte Zeindler zufrieden. Dieser reformierte Weg spiegele sich auch im Ergebnis. So seien im Gewebe des Textes vier Fäden eingewoben:

Der volksskirchliche Faden stehe für den aktiven Umgang mit kirchlichen Spannungen. Der aktive und bewusste Umgang damit – beispielsweise zwischen Offenheit und Abgrenzung oder zwischen formeller Mitgliedschaft und gelebter Nachfolge – gehöre zum Selbstverständnis der Volkskirche. «Da wird dann auch gleich evident, warum diese Leitsätze ebenfalls in Form von Spannungsfeldern formuliert sind.»

Der reformatorische Faden: «Reformatorisch würde ich theologisch bestimmen als eine bestimmte Weise, wie das Verhältnis Gott-Mensch verstanden wird.» Dabei stünde das Handeln Gottes vor dem menschlichen Handeln. Hier gebe es zwei Lesarten, so Zeindler: Zum einen seien wir von Gott bewegt und lebten als glaubende Menschen. Zum anderen bewege Gott in seinem Handeln uns.

Der biblische Faden: Hier verwies der Theologe auf die Konzentration auf die Bibel als Grundlage der Kirche. Bibelkundige würden sofort merken, dass es in der Vision sehr viele biblische Bezüge gebe.

Der gesellschaftliche Faden: Schliesslich bezögen sich die Leitsätze auf die Gesellschaft, was sich bereits im Titel mit dem Ausdruck «Den Menschen verpflichtet» niederschläge.

Der Gedankenstrich als Aufforderung

Besonders am Herzen lag Matthias Zeindler ein eher unscheinbarer Teil der Leitsätze: der Gedankenstrich. «Er zeigt eine Verbindung an, aber er definiert nicht, wie diese Verbindung zu verstehen ist.» Sie immer wieder neu zu bestimmen, sei Aufgabe sowohl der Individuen als auch der Gemeinde und der Kirche. «Der Gedankenstrich ermuntert uns, selbst zu denken.» Er nehme uns ernst als mündige Christenmenschen und weise nicht auf eine «triviale Wahlfreiheit» hin, sondern auf christliche Freiheit als einer Freiheit in der Verantwortung.

«Die christkatholische Kirche hat ihren Mitgliedern nie Vorschriften zur Wahl der Konfession bei einer Heirat oder bei der Taufe von Kindern gemacht.»

Angela Berlis

Die Vision sei auch nicht als Massnahmeplan zu verstehen, betonte Zeindler. «Sie gibt eben nicht Auskunft darüber, ob man die Pfarrhäuser jetzt verkaufen soll oder nicht, sondern es ist ein Ruf zur Selbstbesinnung, zur Bewusstwerdung dessen, was uns als Kirche ausmacht.» Mit der Vision Kirche 2021 hätten die Angehörigen der Kirchen Bern-Jura-Solothurn bekräftigt, wie sie Kirche sein wollten: die Offenheit zur Gesellschaft erhalten, den Bibelbezug nicht aufgeben.

Ein gemeinsamer Suchprozess

«Jetzt sagt uns doch, wie wir das umsetzen sollen!» Mit dieser Forderung sei die Kirchenleitung oft konfrontiert gewesen. Da sei etwas Entscheidendes der Vision noch nicht angekommen, so der Referent, denn darum gehe es gerade eben nicht. Die Vision sei in einem gemeinsamen Prozess entstanden. In derselben Weise müsse auch die Umsetzung erfolgen, betonte er. «Wenn Gemeinden heute noch ratlos sind, dann begeben wir uns gemeinsam in einen Suchprozess, wo wir Antworten zu finden hoffen.»

In vielen Gemeinden sei man bereits sehr aktiv mit der Umsetzung beschäftigt. Matthias Zeindler endete mit einem Aufruf zur langfristigen Ausrichtung der Vision ohne Hektik: «Nicht schnelle Resultate sind gefragt, sondern langfristig mit der Vision unterwegs zu sein, sie zu bekräftigen und zu merken, dass sie sich nach wie vor bewähre.»

Zukunftsvisionen aus christkatholischer Sicht

«War da noch wer? Aber ja, die Christkatholiken. Sie gehen in der Diskussion um Kirche-im-Heute-Sein leicht vergessen.» Prof. Dr. Angela Berlis vom Institut für Christkatholische Theologie der Universität Bern nahm dieses Zitat von Alt-Bischof Fritz-René Müller als Ausgangspunkt für ihren Beitrag. Müller habe gefordert, die Zukunft zu gestalten und vorwärts zu schauen. Der Zukunft widmete auch Berlis einen Teil ihrer Ausführungen, doch zuerst blickte sie zurück zu den Anfängen der christkatholischen Kirche der Schweiz.

Als der Papst unfehlbar wurde

Im Ersten Vatikanischen Konzil 1870 liess sich Papst Pius IX für unfehlbar erklären. Diese Machtdemonstration sei vor allem bei liberal gesinnten Katholikinnen und Katholiken auf Widerstand gestossen. «In der Argumentation gegen die Stellung des Papstes

spielten sowohl staatsbürgerlich-politische als auch kirchlich-religiöse Argumente eine wichtige Rolle.» Als eine Folge dieser Auseinandersetzungen sei 1871 der schweizerische Verein freisinniger Katholiken entstanden. Dieser habe eine katholische Kirche propagiert, die nicht der päpstlichen Rechtsprechung unterstehe, von einem Bischof geleitet werde und synodal organisiert sei. «Das christkatholische Ideal von Kirche-Sein war damals noch stark aus der Abgrenzung gegen das römische, als zentralistisch erfahrene System formuliert worden. Diese Abgrenzung hat die christkatholische Kirche lange Zeit geprägt», so Berlis. Noch bis vor wenigen Jahrzehnten sei als populäre christkatholische Selbstbeschreibung zu hören gewesen, «wir haben keinen Papst, wir haben keine Maria, wir haben keine Heiligen...». Diese negative Identität sei inzwischen Vergangenheit, betonte die Theologin. Viele Menschen in der heutigen Gesellschaft würden solche feinen Unterschiede gar nicht mehr kennen und auf Liturgie, Spiritualität oder diakonische Aktivität schauen.

Die dritte Landeskirche

Die Mitgliederzahlen verdeutlichten, dass die christkatholische Kirche seit ihren Anfängen eine Minderheitskirche war. Ihre Zahl sank von 46 000 im Jahr 1877 auf aktuell ungefähr 12 000 Kirchenangehörige. «Die Kleinheit der christkatholischen Kirche bringt mit sich, dass Christkatholiken oft erklären müssen, wofür das Christkatholische steht.»

Doch ungeachtet ihres Minderheitenstatus' habe sich die christkatholische Kirche bereits im 19. Jahrhundert als Volkskirche und als dritte Landeskirche etablieren können. «Die gesellschaftspolitische Bedeutung der altkatholischen Bewegung im Kulturkampf und die Konzentration auf bestimmte Regionen machte dies möglich.» Die Anerkennung als Landeskirche sei für die christkatholische Kirche sehr wichtig, betonte Angela Berlis. «Historisch gesehen bedeutete dieser Status den Schutz durch den Staat im 19. Jahrhundert und die Möglichkeit, sich selbst zu organisieren als Katholiken, die nicht in Übereinstimmung mit dem Papst katholisch sein wollten.» Er habe weiter ermöglicht, sich neben der viel grösseren römisch-katholischen Kirche zu etablieren und sich gegen die Einordnung als Sekte zu wehren: «Der Status als Landeskirche bedeutet auch Anerkennung nicht nur seitens des Staats, sondern auch in der weiteren Gesellschaft. Wir werden oft gefragt, ob wir eine Sekte seien. Dann ist der Status hilfreich, um zu sagen, nein, wir sind keine Sekte.»

Prozess der Selbstvergewisserung

«Die christkatholische Kirche hat ihren Mitgliedern nie Vorschriften zur Wahl der Konfession bei einer Heirat oder bei der Taufe von Kindern gemacht.» So hätten beispielsweise Kirchenmitglieder ihre Kinder oft nicht christkatholisch taufen lassen, wenn sie in einem nicht-christkatholischen Umfeld wohnten. Weiter seien konfessionelle Grenzen und Unterscheidungen im Zeitalter der Ökumene weniger wichtig geworden. «Man könnte vorsichtig sagen, dass die christkatholische Kirche hier Opfer ihres eigenen Erfolges wurde – der Liberalität und der ökumenischen Offenheit», folgerte Berlis. Hinzu komme, dass der Gedanke von Evangelisierung und Mission der bürgerlich und freisinnig geprägten Kirche stets fremd geblieben sei.

Die Veränderung der religiösen Landschaft und die Fragen nach dem Verhältnis zwischen Kirchen und Gesellschaft führten aber unweigerlich zu Veränderungen im Innern der Kirchen. «Es ist eindeutig, dass sich die christkatholische Kirche derzeit in einem Prozess der Selbstvergewisserung befindet.»

Viele hätten sich im 19. Jahrhundert aus einem politischen Bewusstsein heraus dem Christkatholizismus angeschlossen und im 20. Jahrhundert hätten sich viele Christkatholikinnen für das Frauenstimmrecht engagiert. Dieses politische Verantwortungsbewusstsein sei heute Erbe und bleibende Verantwortung – «auch in einer kleiner gewordenen Kirche», betonte Angela Berlis. Daraus resultiere das Bewusstsein, dass die Kirchen – unabhängig von ihrer zahlenmässigen Grösse – als gestaltende und meinungsbildende Kräfte in der Gesellschaft ihren Platz hätten und dass die Gesellschaft Raum für verschiedene Religionsgemeinschaften bieten müsse.

Keine Vergangenheitsbeschwörung

«Wir wissen heute, dass die Säkularisierungstheorie nicht in der gleichen Weise eintritt und zutrifft, wie noch vor wenigen Jahrzehnten angenommen wurde.» Kirchen und Religionsgemeinschaften fänden Wege, sich neu zu positionieren und zu erfinden. Dafür seien Kenntnis der eigenen Geschichte und Tradition essentiell. Das bedeute keine Vergangenheitsbeschwörung, sondern dasjenige mitzunehmen, «was uns aus der Vergangenheit und der Tradition wertvoll ist». Dazu gehöre auch das Wissen um die Freiheit als Christenmenschen, die es immer wieder neu zu lernen gelte, nicht als «Freiheit von» sondern als «Freiheit zu» (... etwa zu Verantwortung). Dass die christkatholische Kirche ihre Erfahrung als kleine Kirche in das Nachdenken über Zukunft einbringen könne, davon war Angela Berlis überzeugt: «Wir wissen, was es heisst, eine Minderheit zu sein, wir wissen auch, was es heisst, Ängste um die Zukunft zu haben.» Dieses Wissen wolle die christkatholische

Kirche einbringen in die Zukunftsvision von Kirche-Sein. «Die zukünftige Vision von Kirche-Sein muss tatsächlich nicht nur eine Kirche, sondern alle unsere Kirchen umfassen.»

Zukunftsvisionen aus römisch-katholischer Sicht

Dr. Daniel Kosch, Generalsekretär der Römisch-Katholischen Zentralkonferenz der Schweiz knüpfte an die Vorredner und die Vorrednerin an: «Jede Zukunftsvision entsteht in einer bestimmten Gegenwartssituation und ist davon mitgeprägt, wie der Visionär, die Visionärin die Erfahrung und Entwicklung versteht, die zu dieser Gegenwart geführt haben.» Diese gegenwartsbezogene Funktion von Visionen zeige auch ein Blick in die Bibel, beispielsweise wenn Johannes der Täufer predige: «...es ist schon die Axt an die Wurzeln der Bäume gelegt; jeder Baum, der keine gute Frucht hervorbringt, wird umgehauen und ins Feuer geworfen» (Mt 3,10 / Lk 3,9). Die Botschaft dieses Satzes bedeute: Nur, wenn die Angesprochenen ihr Verhalten änderten, wenn sie ihr Herz Gott öffneten, würde ihr Baum Früchte tragen und nicht gefällt werden, erläuterte der Theologe. Aus gleicher Zeit sei auch eine andere Vision überliefert: «... und es wuchs und wurde ein grosser Baum und die Vögel des Himmels wohnten in seinen Zweigen» (Mt 13,32 / Mk 4,30–32). Hier habe Jesus über das Reich Gottes

*«Wenn der Eindruck entsteht,
dass Gott nicht mehr notwendig ist,
braucht es keine Kirchen mehr.»*

Daniel Kosch



Matthias Zeindler, Angela Berlis, Ursula Marti und Daniel Kosch diskutieren mit Irene Gysel über Zukunftsvisionen der christlichen Kirchen.

gesprochen, das einem Senfkorn gleiche: Obwohl es der kleinste Samen gewesen sei, sei daraus ein grosser Baum gewachsen.

Die Rollen der Kirchen im Wandel

Die Rollen der Kirchen in der Gesellschaft wandelten sich und würden unterschiedlich beurteilt: Die einen schätzten die Vermittlung von Werten als Orientierungshilfe und das gesamtgesellschaftliche Engagement, die anderen erinnerten an das Gewaltpotential und an Konflikte, die ihre Ursprünge in religiösen Absolutheitsansprüchen hätten. Auch aus den eigenen Reihen würden kritische Worte laut: Es werde der Verdacht geäussert, «das Christentum antworte auf die Nöte und Ängste der Menschen nur noch mit verbrauchten Geheimnissen», so Daniel Kosch.

Dass die Anzahl Mitglieder anhaltend rückläufig sei, würde die Situation der Kirchen zusätzlich stark belasten. Die Grosskirchen der Schweiz, denen im Jahr 1910 98 Prozent und im Jahr 1970 noch 95 Prozent der Bevölkerung angehörten, kämen heute noch auf einen Anteil von knapp 60 Prozent. In einigen Schweizer Städten sei der Anteil bereits unter die Hälfte gesunken. Ein Drittel der römisch-katholischen Kirchenmitglieder habe Migrationshintergrund, dadurch andere Erfahrungen, setze andere Schwerpunkte und entwickle andere theologische Interpretationen. Durch die zugewanderten Mitglieder werde die schweizerische römisch-katholische Kirchenlandschaft zwar zahlenmässig grösser, lebendiger und bunter, sei aber auch stärkeren internen Spannungen ausgesetzt.

«Der Staat regelt immer noch erstaunlich viel. Die Entkoppelung wird aber weiter gehen, kontinuierlich, nicht abrupt.»

Ursula Marti

Glaubenschwäche und Identitätsverlust

Der Glaube an Gott gerate teilweise in den Hintergrund der kirchlichen Aktivitäten oder werde ganz aufgegeben, bedauerte der Theologe und führte weiter aus: «Wenn der Eindruck entsteht, dass Gott nicht mehr notwendig ist, braucht es keine Kirchen mehr.» Heute sei das Christentum, ähnlich den alten majestätischen Ruinen, die als Steinbruch zur Errichtung neuer Gebäude dienten, für unsere Gesellschaft zum Lieferanten eines Vokabulars, eines Schatzes an Symbolen, Zeichen und Praktiken geworden, die anderswo neue Verwendung fänden. Jeder könne auf seine Weise Gebrauch davon machen, ohne dass christliche Autoritäten ihre Verwendung und ihre Verteilung steuern oder ihrerseits den Sinngehalt definieren könnten. Damit verliere das Christentum seine Identität.

Neue Positionierung nötig

Zudem leide die römisch-katholische Kirche unter einem katastrophalen Glaubwürdigkeitsverlust vorwiegend ausgelöst durch den Missbrauch von Vertrauen

und Macht, der zur Zerstörung unzähliger Biografien meist junger Menschen geführt hat. In Frage gestellt sei nicht nur die moralische Integrität. Die römisch-katholische Kirche müsse auch zum Umgang mit dem Ausschluss von Frauen aus dem Pfarrberuf, den unklar definierten Rollen von Laienmitarbeitenden und dem Zölibat neu Stellung beziehen. Ein reformorientiertes Lager fordere zudem, dass die römisch-katholische Kirche den Klerikalismus überwinde: «Noch komplizierter wird die Situation dadurch, dass auch jene, die wie Papst Franziskus und andere Bischöfe den Klerikalismus überwinden wollen, nicht nur Teil, sondern auch Nutzniesser des klerikalen Systems sind. Sie äussern und verhalten sich deshalb manchmal selbstwidersprüchlich und das macht die Situation schwierig und unübersichtlich», gab Kosch zu bedenken.

Die Strukturen für gesamtgesellschaftliches Engagement seien sehr wichtig und förderungswürdig. «Aber wenn die Kirchen ihre Daseinsberechtigung primär von der Rolle als gesamtgesellschaftliche Akteure herleiten, sind sie in Gefahr, sich selbst zu säkularisieren», betonte der Generalsekretär.

Versuch einer Zukunftsvision

In dieser Situation eine Zukunftsvision zu entwickeln sei nicht einfach. Die christlichen Kirchen könnten ihre Identität nur bewahren, wenn sie das Doppelgebot nicht aus den Augen verlierten: «Du sollst lieben deinen Herrn und Gott von ganzem Herzen, von ganzer Seele und von ganzem Gemüte und du sollst deinen nächsten lieben wie dich selbst» (Mt 22,37+39 / Mk 12,31 / Lk 10,27). «Könnte das eine Art Zukunftsvision sein?», fragte der Referent und formulierte zum Schluss seine eigene Vision: «Eine Kirche, die sich ganz und gar diesem Doppelgebot verschreibt und auch Ernst macht mit dem Nachsatz Jesu: Kein anderes Gebot ist grösser als diese beiden.»

Was bringt die Kirche der Gesellschaft?

Sie freue sich, einen Beitrag leisten zu dürfen, betonte SP-Grossrätin **Ursula Marti**. «Einen Beitrag aus der Sicht einer Politikerin, die die Kirche schätzt, einigermaßen vertraut mit ihr ist, aber auch immer wieder kritisch hinschaut.» Als Politikerin sei sie sich gewohnt, zuerst jeweils die gesetzlichen Grundlagen zu sichten. Der Staat anerkenne die «gesamtgesellschaftliche Bedeutung» der Kirchen ausdrücklich, und zwar in Artikel 3 des Landeskirchengesetzes. In Artikel 31, Ziffer 2, würden die Leistungen im gesamtgesellschaftlichen Interesse sodann konkretisiert und reichten von Kinder- und Jugendarbeit bis hin zu Seelsorge. «Der Staat anerkennt also den gesellschaftlichen Nutzen der Kirchen, setzt dafür Steuergelder ein und definiert konkret, in welchen Bereichen die Kirchen die Gelder einsetzen sollen. Eine klare Mehrheit der Politik trägt dies heute mit.» Die Frage sei nun aber, ob die Kirchen auch hielten, was sie versprochen. «Welchen Mehrwert erbringen sie?», fragte die Politikerin.

Mehrwert für die Gesellschaft

Eine Auslegeordnung hierzu liege seit 2014 in Form einer Studie vor. Mehr als 90 Prozent der Kirchgemeinden hätten damals bei der Erhebung im Auftrag der Politik mitgemacht. «Man könnte stundenlang über die Leistungen sprechen», betonte Ursula Marti. Es sei



Ursula Marti

«Die Leistungen der Kirche für die Gesellschaft sind für mich wie eine grosse Schatztruhe.»

Beratung in allen Lebenslagen, praktische Lebenshilfe bei Sinnfragen, zur Bewältigung von Krisen, bei Arbeitslosigkeit, zur Integration, bei Einsamkeit und Armut. Es gehe um Hilfe für Menschen, die sonst durch die Maschen fielen: um Freizeitgestaltung für Kinder, Jugendliche und Seniorinnen und Senioren, um theologische und spirituelle Angebote, um Seelsorge in Spitälern und Gefängnissen und so weiter. Die Vielfalt sei riesig. «Die Leistungen der Kirche für die Gesellschaft sind für mich wie eine grosse Schatztruhe. Sie ist geöffnet, man darf sich daraus etwas herausnehmen, es nutzen, Hilfe annehmen. Aber man darf auch selber etwas hineinlegen. Vieles basiert ja auf Freiwilligenarbeit und gemeinsamem Engagement.»

Zu diesen Leistungen für die Gesellschaft kämen die kultischen Handlungen hinzu, betonte Grossrätin Marti. Gottesdienste und Kasualhandlungen würden nicht als gesamtgesellschaftliche Leistungen verstanden und seien im Gesetz auch nicht erfasst. Der Staat sehe sie als Dienstleistungen der Kirchen für ihre Mitglieder – nicht für die Gesamtgesellschaft. Der Staat unterscheide klar die beiden Säulen: gesellschaftliche und kultische Tätigkeiten der Kirche. «Ich bin aber überzeugt, dass auch die kultischen Tätigkeiten eine nicht unwesentliche gesellschaftliche Bedeutung haben», unterstrich Marti mit Hinweis auf die Lebens-etappen oder das Kirchenjahr. Hier gehe es um besondere Rituale, die tief in unserer Gesellschaft verankert seien und auch kirchenfernen Menschen in besonderen Situationen Halt, Besinnlichkeit, Spiritualität und Trost böten.

Grosser Anteil an Freiwilligenarbeit

Und die Zahlen? Bei der evangelisch-reformierten Kirche würden gemäss Studie rund 1 Million bezahlter Arbeitsstunden im Jahr geleistet. In der deutlich kleineren katholischen Kirche seien es rund 260 000 Stunden. Grob die Hälfte dieser Stunden falle im gesellschaftlichen Teil an. Hinzu kämen die unbezahlten Arbeitsstunden: rund 900 000 in der reformierten Kirche, rund 360 000 Stunden in der katholischen Kirche pro Jahr. «Mit Hilfe der Freiwilligen verdop-

peln sich also die Zahlen der geleisteten Stunden. Ich finde das eindrücklich», anerkannte die Politikerin. Mit Blick auf die Kosten stellte Ursula Marti fest, dass der Wert der durch die reformierte und katholische Kirche erbrachten gesellschaftlichen Leistungen die öffentliche Finanzierung überträfe. «Fazit: Die monetäre Bilanz ist positiv – ohne dass die Kasualien eingerechnet wären.»

Kirche und Gesellschaft – gemeinsam weiter?

Die Entflechtung von Kirche und Staat werde sich fortsetzen, gab sich Grossrätin Ursula Marti überzeugt. «Der Staat regelt immer noch erstaunlich viel. Die Entkoppelung wird aber weiter gehen, kontinuierlich, nicht abrupt.» Das habe auch mit dem Sparkurs des Staates zu tun. Sodann werde auch die Kirchensteuer für juristische Personen immer neu hinterfragt. «Und diese Einnahmen betreffen die gesellschaftlichen Leistungen der Kirchen». Ein wichtiges Thema sei sodann die Anerkennung weiterer Religionen. «Meiner Meinung nach ist es angezeigt, dass der Staat weitere Religionen anerkennt und gesellschaftlich einbindet.» Wichtig sei dabei aber die Ausbildung der Geistlichen, die Einhaltung demokratischer Strukturen, der Menschenrechte sowie der Staatsverfassung. «Die Gleichstellung der Frauen ist sodann ein ungelöstes Problem. Ich denke dabei an die römisch-katholische Kirche, die als Landeskirche eine Vorbildrolle einnehmen müsste, was sie in meinen Augen klar nicht tut.» Dazu gehörten auch andere Diskriminierungen, jene von Geschiedenen oder von homosexuellen Personen. «Ich bin dankbar, wenn ich höre, dass es reformfreundige Personen gibt», betonte Grossrätin Marti, sie wünsche diesen, «dass sie etwas bewirken können». Ansonsten werde der Riss in der Gesellschaft in diesen Fragen grösser. Das Bedürfnis nach Gemeinschaft, Sinnfindung und Spiritualität der Menschen bleibe erhalten, gab sich Ursula Marti zum Abschluss überzeugt: «Die Kirche hat hier Angebote. Sie muss aber mit der Gesellschaft wachsen und sich weiterentwickeln.»

Sarah Beyeler, Doris Moser, Marcus Moser

Kirchen, Glaube und Sinnfindung: Alles à la carte?

Die Frage nach dem Sinn stellen wir uns alle. Welche Möglichkeiten haben Menschen zur Sinnfindung in einer säkularisierten Gesellschaft – ob mit oder ohne Kirche, mit oder ohne Gott?



Ralph Kunz

«So wie ein Staat, der die Rechte seiner Bürgerinnen und Bürger missachtet, zum Schurkenstaat wird, verliert eine Kirche, die Gott nicht ehrt, ihre Daseinsberechtigung.»

Sinnfindung mit Kirche?

«Gott sei Dank leben wir in einem Land, in dem niemand verfolgt wird, weil er oder sie Gott nicht danken will, oder von Gott nichts wissen will oder einem anderen Gott danken will», stellte **Prof. Dr. Ralph Kunz** vom Institut für Praktische Theologie der Universität Zürich fest.

Ob es aber überhaupt Sinn mache, den Namen Gottes zu nennen, und wofür dieser Name stehe, fragte er weiter. «Steht dieser Name für die Kirche? Ich sage nein, aber die Kirche sollte für den Namen eintreten.» Komplizierter werde es, wenn sich der Name Gottes nicht nur auf den Sinn, sondern auf den Sinn des Sinns beziehe. Dann nämlich stehe Gott für eine Voraussetzung, die wir nicht schaffen könnten. Kunz illustrierte dies am Beispiel des freiheitlichen, säkularisierten Staats. Auch dieser lebe, gemäss dem Böckenförde-Paradox, von Voraussetzungen, die er selbst nicht schaffen könne. Es gehe um eine moralische Substanz der Bürgerinnen und Bürger, die der Staat zwar fördern, aber eben nicht erzwingen könne.

Gott als Voraussetzung der Kirche

Was hat das nun mit der Kirche zu tun? Wenn er von

Sinn spreche, meine er Gott, erklärte Ralph Kunz. Als Christ glaube er, dass Gott der Sinn der Kirche sei. In Anlehnung an Böckenförde hiesse dies, dass Gott die Voraussetzung der Kirche sei, die sie nicht selber schaffen könne. «Im Unterschied zum Staat bekennt sich die Kirche zu ihrer Voraussetzung, bezieht sich darauf, ruft sie sogar an, benennt sie, verdankt sie, dient ihr, nennt sie Gnade.» Ihren Gottesdienst nenne die Kirche Eucharistie, was Dank bedeute. Dieser Gottesdienst beschreibe das Wesen der Kirche. «Man könnte auch sagen, die Aufgabe der Kirche ist es, Gott zu ehren.» Abermals zog der Referent eine Parallele zu Böckenförde: «So wie ein Staat, der die Rechte seiner Bürgerinnen und Bürger missachtet, zum Schurkenstaat wird, verliert eine Kirche, die Gott nicht ehrt, ihre Daseinsberechtigung.»

Busse tun

Dass die Kirche Gott verfehle und somit ihren Sinn verliere, sei heute eine verbreitete Meinung. Der Kirchenaustritt sei jedoch keine sinnvolle Konsequenz dieser Ansicht, gab sich Kunz überzeugt. «Wenn ich den Unrechtsstaat ablehne und Bürgerrechte einfordere, werde ich nicht zum Anarchisten, sondern lande



Hans Jörg Znoj

«Sinn ist kein fertiges Produkt, sondern muss immer wieder geschaffen werden.»

wieder beim Staat, beim Rechtsstaat.» Die Antwort auf eine versagende Kirche sei folglich nicht der Austritt, sondern die reformierte Kirche. Mit reformiert beziehe er sich nicht auf die Konfession, betonte Kunz, sondern auf eine Kirche, die immer wieder zu ihren Voraussetzungen umkehre, also Busse tue.

Der Begriff Busse sei in diesem Zusammenhang als Umdenken oder Umkehren zu verstehen. Es gehe um eine Erneuerung des Bundes – und auch hier zog er wieder eine Parallele zum Staat. Denn genau dieses Bestreben, den Bund zu erneuern, finde sich beispielsweise in der Präambel der Bundesverfassung. «Ich sage nur, was für die Demokratie gilt, gilt auch für die Kirche. Es ist die Gemeinschaft, die einander hilft, den Bund zu erneuern.»

Das Begehren nach Erkenntnis

Wer nach dem Sinn des Sinns frage, begeben sich auf philosophisches Terrain. In der Philosophiegeschichte sei die Sinnfrage dann aufgetaucht, als der Sinn von existentialistischen Denkerinnen und Denkern radikal in Frage gestellt worden sei. Sie hätten den geistigen Voraussetzungen, die man nicht schaffen könne, nicht mehr getraut. So lege der Existentialismus den Finger auf eine offene Wunde unseres Seins, auf die eine Leerstelle, die wir nicht mit letzter Gewissheit zustopfen könnten. «Sinn verspricht etwas, das es nicht geben kann, aber ohne das wir nicht leben können.»

Als Beispiel für christlichen Existentialismus verwies Kunz auf die Kirche «als eine Gemeinschaft der Menschen, die weiss, dass sie Gott verfehlt, aber auch einer Gemeinschaft von Menschen, die sich danach sehnt, Gott zu sehen».

So sei etwa die Philosophin und Mystikerin Simone Weil von der Sehnsucht oder der Lust nach der Wahrheit ausgegangen und überzeugt gewesen, nur das Begehren könne unser Erkenntnisvermögen führen. «Sie merken: Busse und Begehren sind wie die radikalen Pole des Heiligen», fasste der Theologieprofessor zusammen und meinte abschliessend: «Ich glaube, dass der Sinn ein Ruf ist, den man hört; eine Begegnung, nach der man sich sehnt. Und wenn man

diesen Ruf hört, ist man erhört, wenn man wählt, ist man erwählt und folgt seiner Berufung.» Dies sei alles andere als eine elitäre Gesinnung, sondern leite hin zum Dienst und zu einem Leben in Demut.

Sinnfindung ohne Kirche?

Als er das Thema seines Vortrags erhalten habe, sei er zunächst etwas erschrocken, meinte **Prof. Dr. Hans Jörg Znoj** zu Beginn seines Referats trocken. «In der Psychologie beschäftigen wir uns scheinbar dauernd mit Sinnfragen. Aber die Psychologie kann keinen Sinn stiften.» Die Psychologie erforsche das Verhalten und Erleben des Menschen. Sie frage danach, in welchen Situationen sich eine Person mit der Sinnfrage befasse oder wann eine Person ihr Verhalten und Erleben als sinnvoll oder sinnlos erlebe.

«Der Mensch ist für sein Schicksal verantwortlich»

«Die Frage nach dem Sinn stellt sich dem Menschen erst in der Krise», unterstrich der klinische Psychologe. «Das ist eine Frage, die sich aus der Freiheit des Menschen ergibt.» Tiere stellten sich die Sinnfrage nicht, sie lebten gemäss ihrem Instinkt. «Der heutige Mensch ist demgegenüber für sein Schicksal verantwortlich», stellte Znoj fest und zitierte den Gründer der Logotherapie Viktor Frankl: «Im Gegensatz zum Tier sagt dem Menschen kein Instinkt, was er tun muss und im Gegensatz zum Menschen in früheren Zeiten sagt ihm keine Tradition mehr, was er tun soll und nun scheint er nicht mehr recht zu wissen, was er eigentlich will» (Frankl 1981). Damit werde die Last der

«Nicht die objektiven Situationen sind entscheidend, sondern wie wir sie einschätzen.»

Hans Jörg Znoj

Sinnfindung in unserer Zeit individualisiert, hielt Znoj fest. Die wachsende Bedeutung einer reflektierten, bewussten Lebensgestaltung zeige sich nicht zuletzt im Boom von Psychotherapie, von Coaching und Lebenshilfe.

Gesundheit als Sinn und Aufgabe?

Wenn sich die Frage nach dem Sinn erst in der Krise stelle, helfe es weiter, sich zunächst zu fragen, was denn in persönlichen Krisen geschehe. «Im psychischen Trauma zerbricht unsere Welt, so wie wir sie gekannt haben. Das Leben erscheint sinnlos und leer.» Für die Betroffenen seien Einsamkeit, Angst, Unsicherheit und Verhaltensänderungen mögliche langfristige Folgen. «Hier setzt die Psychologie an. Das Wiedererlangen der Gesundheit ist die Aufgabe. Wenn das Trauma Sinnlosigkeit hervorruft, wie kommen wir wieder zur Gesundheit, wie zu einem sinnvollen Leben?» Aus der psychologischen Praxis, aber auch aus unserem Alltag seien uns verschiedene Mittel zur Bewältigung von Krisen bekannt, unterstrich Hans Jörg Znoj. Wichtig seien die soziale Unterstützung der erkrankten Person, eine Orientierung an Werten, die Revision des eigenen Weltbildes, das Erlernen neuer Fähigkeiten, ein veränderter Umgang mit den eigenen Gefühlen, aber auch beispielsweise ein persönlicher Zugang zu Spiritualität.

Was gesund erhält

«Hier nun taucht eine neue Frage auf: Was erhält denn gesund?» Hans Jörg Znoj verwies auf eine Erkenntnis der antiken Philosophie. «Epiktet stellte fest: Was die Menschen bewegt, sind nicht die Dinge selbst, sondern die Ansichten, die wir von ihnen haben.» So seien es eben nicht die Umstände, die einen krank machten, sondern die Art, wie wir damit umgingen. «Nicht die objektiven Situationen sind entscheidend, sondern wie wir sie einschätzen. Betracht-

ten wir sie als Herausforderung? Oder betrachten wir sie als unüberwindbar? Sehen wir uns in einer Situation als Opfer oder als jemand, der etwas tun kann?» An diesem Punkt setze beispielsweise die kognitive Therapie an, erläuterte Znoj. Sie betrachte Gefühle als Ergebnis von Bewertungsvorgängen. Und falsches, irrationales Denken könne zu dysfunktionalen Gefühlszuständen und damit zu psychischen Störungen führen. Znoj erwähnte die für Depression häufig wahrnehmbare «kognitive Triade» einer negativen Sicht von a) sich selbst, b) der Welt sowie c) der möglichen Zukunft. Mit einer gelingenden Therapie könnten solche Ansichten indes verändert werden.

Coping und Resilienz

Der Psychologe illustrierte die Zusammenhänge ebenfalls am Model der Salutogenese von Aaron Antonovsky, der die Frage nach der Entstehung der Gesundheit in die Wissenschaft eingebracht habe: «Antonovsky ging davon aus, dass Menschen, die fähig sind, in sich selbst Kohärenz zu erzeugen, auch gesund leben können.» Und dieser Kohärenzsinn bestehe für Antonovsky aus drei Teilen: der Fähigkeit, etwas zu tun und Schwierigkeiten meistern zu können; der Möglichkeit, die Welt als relativ geordnet und konsistent zu erleben; sowie aus der Möglichkeit, das Leben trotz Schwierigkeiten als sinnvoll zu erleben und Schwierigkeiten als Herausforderung zu sehen.

Die Fähigkeiten der Menschen, mit kritischen Situationen umzugehen, seien indes unterschiedlich ausgeprägt. Die wissenschaftliche Psychologie verwende den Begriff Coping, um Bewältigungsstrategien in kritischen Situationen zu bezeichnen. Die Forschung habe gezeigt, dass eine Mehrheit von Personen nach kritischen Ereignissen relativ schnell wieder zum ursprünglichen Funktionsniveau zurückfänden oder sich auch aus ungünstigen Bedingungen heraus «normal» entwickeln könnten. Dies werde mit Resilienz bezeichnet.

Entwicklung als Aufgabe

Zum Schluss seiner Ausführungen stellte der Psychologe mit einer gewissen Erleichterung fest, dass er den Begriff «Kirche» nun gar nicht verwendet habe. Die Psychologie könne zwar nicht Sinn stiften, aber sich doch zu Rahmenbedingungen äussern, meinte Hans Jörg Znoj. Das Erleben von Sinn sei ein dynamischer Prozess und subjektiv als Wohlbefinden erlebbar. Sinn ergebe sich als erfahrbare Qualität in der persönlichen Reflexion. Unser Sinnerleben sei abhängig von unseren persönlichen Freiheitsgraden im Erleben und Verhalten. Das wieder setze voraus, dass wir offen mit uns und anderen umgingen. «Sinn ist kein fertiges Produkt, sondern muss immer wieder geschaffen werden.»

Sinnfindung ohne Gott?

Ella de Groot, Pfarrerin der reformierten Kirchgemeinde Muri-Gümligen, begann ihr Referat mit dessen Titelfrage: Sinnfindung ohne Gott? «Aber von was reden wir, wenn wir von Gott reden?», fragte sie weiter. Der traditionelle Theismus, also die Vorstellung eines personalen Gottes, der die Welt aus dem Nichts erschaffen und seither von aussen die Geschichte der Welt lenke, sei für viele Menschen nicht mehr vertretbar. Das Ende eines theistischen Gottesglaubens

*«Unterwegs mit den Menschen
bin ich auf der Suche nach einem
tragfähigen Glauben, den wir
mit unseren Worten ausformulieren
und verstehen können.»*

Ella de Groot

bedeute aber nicht das Ende vom Glauben oder gar von der Religion. «Unterwegs mit den Menschen bin ich auf der Suche nach einem tragfähigen Glauben, den wir mit unseren Worten ausformulieren und verstehen können», berichtete die Pfarrerin aus ihrem Berufsalltag.

Ohne Gott...

«Weil der Mensch die Begrenztheit und die Tragik seines Lebens bewältigen muss, ist er religiös», hielt die Theologin fest. Gottesvorstellungen würden demzufolge nicht auf einen existierenden Gott verweisen, sondern auf Erfahrungen im Umgang mit Ängsten, Hoffnungen und Sehnsüchten. Theologie, wörtlich Rede von Gott, solle dem Denken in Bewegung entsprechen, vergleichbar einem Pilger auf seiner Reise. So entspreche Theologie nichts anderem als verschiedenen Deutungen menschlicher Grunderfahrungen. «Gott ist ein Wort, das hervorgebracht worden ist durch unsere Fantasie, durch unsere Vorstellungskraft, oder anders gesagt: Gott existiert nur in den Vorstellungen der Menschen», zeigte sich die Pfarrerin überzeugt. Dies entspreche nicht einer atheistischen Haltung, denn Atheismus sei keine Alternative zu einer theistischen Gottesvorstellung: Wenn Gott nicht existiere, mache nämlich auch Atheismus keinen Sinn mehr. «Die Frage ist also nicht, ob Gott existiert, sondern ob die eigene Vorstellung von Gott noch zum eigenen Leben passt», erläuterte de Groot.

...Sinn finden?

«Eine Theologie, die Gott als Tröster, Gott als Lückenbüsser für Unbegreifliches begreifbar machen will, die eine Antwort auf Sinnfragen in der Krise zu geben versucht, so eine Theologie läuft Gefahr, zum Götzendienst zu verkommen», gab die Pfarrerin zu bedenken. Der Mensch suche nach einem Sinn in seinem Leben, denn er wolle seine schwierigen Erfahrungen deuten können. «Just in einer Zeit, da die Anzahl der Konfessionslosen ansteigt, gibt es eine paradoxe Wiederkehr des Religiösen», beobachtete die Theologin. Und alles Religiöse à la carte? «In gewissem Sinne ja, weil die Menschen unterschiedlich sind und ihre Erfahrungen unterschiedlich deuten», beantwortete de Groot die Ausgangsfrage des Anlasses. Die Vielfalt unterschiedlicher Denkhorizonte der Menschen entspreche der Vielfalt unterschiedlicher Gottesbilder.

«Sinnfindung ohne Gott!»

Woher kommen Gottesvorstellungen? Alle Menschen seien mit Vorstellungskraft und Fantasie ausgestattet, die helfen würden, spielend andere Wirklichkeiten zu schaffen. Religionen hätten ihren Ursprung ebenfalls im Spielen. «Der Blick auf das Spielen ist aber verschleiert worden, weil Vermutungen und Vorstellungen zu Wahrheiten erhoben wurden. Dadurch ist der spielerische Charakter der Religionen verloren gegangen», ergänzte die Theologin. «Wir Menschen sind in der Lage, uns mit Sprache und Bildern eine bessere Welt einzubilden und so unsere Wirklichkeit zu erweitern», erklärte de Groot. Im Gottesdienst könne diese Sehnsucht nach einer besseren Welt aufgenommen und verstärkt werden. So könne auch nach der Verabschiedung von einem theistischen Gottesbild im Gottesdienst das Spiel der Sinnfindung gespielt werden. Es sei auch möglich, zu einem Gott zu beten



Eila de Groot

«Die Frage ist also nicht, ob Gott existiert, sondern ob die eigene Vorstellung von Gott noch zum eigenen Leben passt.»

und ihm zu danken im Wissen, dass es ihn nicht gebe. «Die Fantasie ist die Basis für Veränderungen und die Einbildung die Grundlage für Sinnfindung», führte die Pfarrerin aus. Dabei könnten die Geschichten aus der Bibel mit diesen jahrtausendalten Lebenserfahrungen unterstützend wirken, «denn in der biblischen Tradition liegt ein grosses Sinnfindungspotential!»

Der Staat in dreifacher Pflicht

«Der Rechtsstaat ist für den Menschen da und nicht umgekehrt.» Dieser vielzitierte Satz bedeute, dass sich der Staat um die Bedürfnisse seiner Menschen kümmern müsse, «und zwar nicht nur um die materiellen, sondern auch um die immateriellen. Und diese sind eben auch religiös-spirituelle Natur». Prof. Dr. Markus Müller vom Institut für öffentliches Recht der Universität Bern erörterte im Folgenden, warum



Markus Müller

«An der Neutralitätsfähigkeit des Staats müssen wir zweifeln: Ein neutraler Staat darf nämlich streng genommen keinen religiösen Standpunkt haben. Unser Staat hat aber einen solchen.»

sich der Staat trotz diesem Leitsatz zumindest in religiös-spirituellen Belangen nicht durch grosses Engagement hervortue: «Religion ist Privatsache und der Staat ist religiös neutral. Das sind zwei unerschütterliche rechtsstaatliche Glaubenssätze», betonte er. Und diese seien es, die den Staat zu einer gewissen Passivität im Umgang mit dem Religiösen verleiteten. «Diese Haltung ist kritisch zu hinterfragen. Nicht aus Prinzip, sondern weil es dem Staat die Erfüllung seiner Aufgaben in einer religiös zunehmend vitaleren und durchmischten Einwanderungsgesellschaft erschwert», mahnte Müller. Der Staat sei dreifach gefordert. Er müsse zunächst den Mut haben zu sagen, was für ihn Religion und damit Schutzgut der Glaubens- und Gewissensfreiheit sei. Weiter müsse er dort intervenieren, wo die öffentlich-rechtlich anerkannten Religionsgemeinschaften die Grundregeln des Rechtsstaats missachteten. Und nicht zuletzt habe sich der Staat zur eigenen religiösen Prägung zu bekennen, forderte der Staatsrechtler.

Sagen, was Religion ist

«Wenn der Staat in seiner Verfassung verspricht, die Religionen und das Religiöse zu schützen, dann muss er auch definieren, was er darunter versteht.» Die Vorgaben des Verfassungsgebers seien hier ziemlich klar. Der Begriff der Religion müsse eng verstanden werden und erfasse hauptsächlich die Kultushandlungen. Ob auch Essens-, Bekleidungs- und andere religiös konnotierte Verhaltensvorschriften in den Schutzbereich fielen, sei zumindest fraglich.

«Wenn der Staat die Religion definiert, heisst das nicht, dass er vorschreibt, welche Religion für jeden Einzelnen richtig ist. Er sagt nur, was er zu schützen bereit ist», präziserte der Referent. Dabei müsse man stets bedenken, dass ein Sachverhalt, der von der Glaubens- und Gewissensfreiheit nicht erfasst werde, deswegen nicht schutzlos bleibe. Es gebe eine Fülle von Grundrechten, die die vermeintliche Lücke füllten.

Die Regeln des Rechtsstaats durchsetzen

Die Glaubens- und Gewissensfreiheit schützt nicht nur die individuelle, sondern auch die kollektive Re-

ligionsausübung. «Am grössten ist die Freiheit für jene Religionsgemeinschaften, die in einer losen Beziehung zum Staat stehen und keine oder nur eine symbolische Anerkennung haben.» Anders verhalte es sich jedoch für die öffentlich-rechtlich anerkannten Religionsgemeinschaften. Diese stellten staatliche Körperschaften dar und als das seien sie, wie jede andere staatliche Behörde, zur Beachtung der Grundrechte verpflichtet. «So gesehen ist es beispielsweise problematisch, wenn in der römisch-katholischen Kirche Frauen, Homosexuelle und Geschiedene diskriminiert werden und staatlicherseits wird nicht interveniert.» Der Staat täte daher gut daran, zuerst das Verhältnis zu seinen etablierten Religionsgemeinschaften zu bereinigen, bevor er sich mit der Frage der Anerkennung weiterer Religionsgemeinschaften auseinandersetze, forderte der Referent.

Vom neutralen zum toleranten Staat

«An der Neutralitätsfähigkeit des Staats müssen wir zweifeln: Ein neutraler Staat darf nämlich streng genommen keinen religiösen Standpunkt haben. Unser Staat hat aber einen solchen», stellte Markus Müller klar. Dabei denke er weniger an die untrüglichen Zeichen der Christlichkeit im öffentlichen Raum, sondern vor allem an das staatliche Personal. Dieses sei nämlich heute noch fast ausnahmslos christlich-jüdisch geprägt. Eine Prägung die aus dem Unbewussten wirke und sich nicht so leicht aus der Welt schaffen lasse. Der Staat täte daher gut daran, sich diesbezüglich nichts vorzumachen. «Kurz, die religiöse Neutralität ist ein Mythos. Emsig Kreuze abzuhängen, Schleier zu verbieten, Weihnachtslieder nicht mehr zu singen, hilft da gar nichts.» Vielmehr laute die Frage, wie der Staat mit seiner religiösen Prägung verfare.

Sich zu ihr bekennen sei ein erster Schritt. Sodann bedürfe es eines Etikettenwechsels vom neutralen zum toleranten Staat. Dabei gehe es nicht um eine Toleranz der gnädigen Mehrheit. Toleranz bedeute vielmehr Respekt und Achtung vor dem Anderen, frei von jeglichen Wahrheitsansprüchen. «Denn wenn der Teufel irgendwo sitzt, dann in den absoluten Wahr-

heitsansprüchen.» Die Quelle einer so verstandenen Toleranz liege nicht etwa in der gern überschätzten Vernunft, sondern in der mindestens 3000 Jahre alten goldenen Regel der Menschlichkeit, die allen Weltreligionen gemeinsam sei. Auf sie kann und soll auch der Staat in seinem Handeln zurückgreifen und versuchen, allen im Gemeinwesen lebenden Personen eine gemeinsame Wertebasis zu schaffen. «Um dieses Ziel zu erreichen, muss der Staat sich aber dringend vom Paradigma Religion ist Privatsache verabschieden; denn Religion ist nicht Privatsache, sondern elementar öffentliche Sache und damit Teil des rechtsstaatlichen Engagements!»

Sarah Beyeler, Doris Moser, Marcus Moser

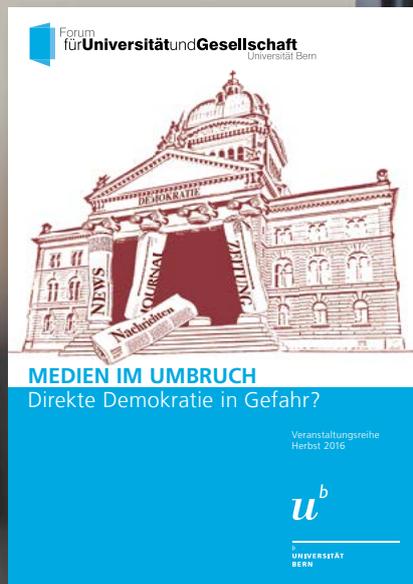
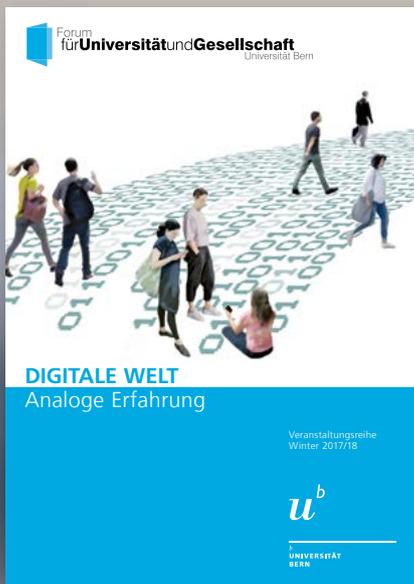
«Wenn der Staat die Religion definiert, heisst das nicht, dass er vorschreibt, welche Religion für jeden Einzelnen richtig ist. Er sagt nur, was er zu schützen bereit ist.»

Markus Müller





*Interessiert an den Aktivitäten des
Forums für Universität und Gesellschaft?
Besuchen Sie unsere Website:
www.forum.unibe.ch*



Themenhefte vermitteln einen Überblick über die jeweiligen Forumsveranstaltungen. Sie sind online abrufbar und können bei der Geschäftsstelle des Forums für Universität und Gesellschaft bestellt werden: www.forum.unibe.ch/publikationen

Impressum

Themenheft 2019 / 6. Ausgabe

Herausgeber

Forum für Universität und Gesellschaft
Präsident: Prof. Dr. med. Thierry Carrel
Geschäftsleiter: Marcus Moser

Redaktion

Dr. Sarah Beyeler (sarah.beyeler@fug.unibe.ch)
Marcus Moser (marcus.moser@fug.unibe.ch)

Bildnachweise

Titelbild und Seiten 2, 3, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 13, 14, 15, 16,
18, 19, 21, 26, 27, 29, 31, 32, 33, 35, 36, 37, 39, 40 (oben):

© Stefan Wermuth

Seiten 22/23: Nr. 1 (re), 2 und 6 zvg Datenbank Kirchen-

umnutzung Universität Bern; Nr. 1 (li) Adobe Stock;

Nr. 4 © Johannes Stückelberger; Nr. 3 und 5 © Dirk Weiss;

Quelle der Karte © OpenStreetMap-Mitwirkende

Seite 24: © Werner Rolli

Seite 40 (unten): Adobe Stock

Layout

Christa Heinzer (christa.heinzer@fug.unibe.ch)

Geschäftsstelle

Forum für Universität und Gesellschaft
Hochschulstrasse 6
3012 Bern
Telefon +41 31 631 45 66
info@fug.unibe.ch
www.forum.unibe.ch

Druck

Stämpfli AG, Bern
klimaneutral gedruckt, myclimate

Auflage

11 000 Exemplare, erscheint einmal jährlich
© alle Rechte vorbehalten
ISSN 2624-5396

Mit freundlicher Unterstützung der
Stiftung Universität und Gesellschaft

Spendenkonto der Stiftung Universität und Gesellschaft:
CH39 0079 0042 9374 8157 5



Referentinnen und Referenten

Aus der Au Heymann Christina, Prof. Dr.

Universität Zürich, Zentrum für Kirchenentwicklung

Beisbart Claus, Prof. Dr. Dr.

Universität Bern, Institut für Philosophie

Berlis Angela, Prof. Dr.

Universität Bern, Institut für Christkatholische Theologie

De Groot Ella

Pfarrerin Kirchgemeinde Muri-Gümligen

Glanzmann-Hunkeler Ida

Nationalrätin CVP

Heyden Katharina, Prof. Dr.

Universität Bern, Institut für Historische Theologie

Huber Stefan, Prof. Dr.

Universität Bern, Institut für Empirische Religionsforschung

Kosch Daniel, Dr.

Generalsekretär der Römisch-Katholischen Zentralkonferenz der Schweiz

Kunz Ralph, Prof. Dr.

Universität Zürich, Institut für Praktische Theologie

Marti Ursula

Grossrätin Kanton Bern, SP

Müller Markus, Prof. Dr.

Universität Bern, Institut für öffentliches Recht

Noth Isabelle, Prof. Dr.

Institut für Praktische Theologie, Universität Bern

Plüss David, Prof. Dr.

Universität Bern, Institut für Praktische Theologie

Richner Heinz, Prof. em. Dr.

Universität Bern, Institut für Ökologie und Evolution

Rutishauser Christian M. SJ, Dr.

Provinzial der Schweizer Jesuiten

Sallmann Martin, Prof. Dr.

Universität Bern, Institut für Historische Theologie

Schöni-Affolter Franziska, Dr. med.

Grossrätin Kanton Bern, glp

Wagner Andreas, Prof. Dr.

Universität Bern, Institut für Altes Testament

Zeindler Matthias, Prof. Dr.

Universität Bern, Institut für Systematische Theologie

Zeller Andreas, Dr.

Synodalratspräsident der reformierten Kirchen BE-JU-SO

Znoj Hans Jörg, Prof. Dr.

Universität Bern, Institut für Psychologie

Autorinnen und Autoren

Beyeler Sarah, Dr.

Projektassistentin und Kommunikationsverantwortliche, Universität Bern, Forum für Universität und Gesellschaft

Moser Doris

Sekretariatsleiterin, Universität Bern, Forum für Universität und Gesellschaft

Moser Marcus

Geschäftsleiter, Universität Bern, Forum für Universität und Gesellschaft

Noth Isabelle, Prof. Dr.

Projektleiterin «Kirchen zwischen Macht und Ohnmacht», Universität Bern, Institut für Praktische Theologie





Forumsgespräche 2019

Verdichten als Chance

14., 27. August und 11. September 2019

Eintritt frei, Anmeldung erforderlich
Durchführungsort und Details unter www.forum.unibe.ch



Forum

für **Universität und Gesellschaft**

Universität Bern



Veranstaltungsreihe 2019/20

Der Aufstieg Chinas und die Neuordnung der Welt

9. und 30. November 2019
und 25. Januar 2020

Eintritt frei, Anmeldung erforderlich
Durchführungsort und Details unter www.forum.unibe.ch